

IV.3.5 Vom nationalen Konservatismus zur Gegenkultur

Nach der deutschen Vereinigung und dem nationalen Freudentaumel stellt sich relativ schnell eine gewisse Resignation ein, denn weder entstehen in den neuen Bundesländern »blühende Landschaften«, wie es Kohl versprach, noch sind ostdeutscher Transformationsprozess und ökonomische Angleichung von Ost zu West so zu realisieren, wie es unmittelbar nach der Vereinigung angekündigt wurde. Als dann auch noch – vor allem symbolisch bedeutend – die Arbeitslosenzahlen steigen und wirtschaftliche Stagnationstendenzen einsetzen, versiegt die anfängliche Euphorie. Die konservativen Kräfte sind in dieser Zeit – zwischen 1992 und 1994 – zwar weiterhin im öffentlichen Auftrieb, aber ihr bis dato zündendes Moment, die nationale Kategorie, ist in einer Art politisch-programmatischen Zwickmühle. Denn qua Realisierung des nationalen Projektes verliert allein der Appell an das Nationale an Relevanz. Deshalb erhöht sich hierdurch der Druck, dieses Nationale mit neuem Inhalt zu füllen. Dies gilt freilich nicht nur für politische Kräfte rechts der Mitte. Klönne hat früh auf dieses Dilemma für politische Kräfte nach der deutschen Vereinigung hingewiesen. Zur Exemplifizierung bezieht er sich auf die neuerlichen Positionsbestimmungsversuche in der *Jungen Freiheit*, in der es heißt: »Es wird Zeit, daß die deutsche Rechte darüber nachdenkt, was sie selbst, jenseits des Nationalen, als rechts definieren will – oder sie wird bald nicht mehr sein.«⁷³⁹ Während sich der öffentliche Ermöglichungsspielraum für vermeintlich »konservative« Positionen immer weiter auszubreiten scheint, verlieren – nur auf den ersten Blick paradox – gemäßigte Positionen in den konservativen Reihen an Attraktivität, während die vorher randständigen Positionen immer lauter werden. Denn die Radikalisierung der politischen Forderungen in diesem Lager beeinflusst auch den Rest des Spektrums, aber der gemäßigt-moderate konservative Teil kann sich nicht gegen diesen Rigorismus wehren und gibt erschöpft auf, so zumindest die Interpretation von Thomas Biebricher.⁷⁴⁰ Man könnte noch ergänzen, dass diese moderaten Strömungen, die schon seit Ende der 1980er Jahre von ökonomischen und technizistischen Kategorien beeinflusst und angetan sind, sich einfach nicht mehr mit den im konservativen Spektrum vertretenen Gesellschaftsvorstellungen abgeben wollten. Denn gerade der technische Fortschritt zur Informationsgesellschaft, wie er sich seit Anfang der 1990er Jahre auch im Lebensalltag ganz praktisch und unmittelbar zeigt, hat wieder eine neuerliche Anziehungskraft und Begeisterung ausgelöst, die dazu führt, dass sich davon angetane Strömungen aus dem konservativen Kreis nun gänzlich hin zu liberalen Strömungen bewegen. Gleichzeitig verschärfen sich im *Crítico*n-Lager und bei den hier im Vordergrund stehenden Intellektuellen die politischen Positionen immer mehr. Sie fordern etwas ein, was nicht zu erreichen ist, was wiederum den Drang zum Aktivismus erhöht, zum immer rabiatere Einfordern und Eintreten. Hierdurch löst sich dieses Teilspektrum immer mehr vom eigentlich konservativen Lager. Dieser Prozess findet von 1993 bis 1995 seinen Höhepunkt.

739 Zit. n. Klönne: Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, S. 72. Klönne gibt dabei allerdings keine weiteren Angaben zu Autor, Titel oder Jahr an. Die Quelle konnte trotz Durchsicht der Jahrgänge nicht gefunden und überprüft werden.

740 Vgl. Biebricher: Geistig-moralische Wende, S. 147ff.

Hier entkoppelt sich diese spezifische Teilströmung von den zentralen – oder zumindest nach außen vorgetragenen – Normbegründungen des bürgerlich-konservativen Lagers. In diesem Residuum werden – teils bewusst, teils unbewusst – die deutungskulturellen Angebote des konservativen Spektrums demonstrativ abgelehnt und an deren Stelle eigene Normen gesetzt. Vor allem aus der Geschichte der Arbeiter- und Jugendbewegung, auch aus der Popkultur stammend, werden solche Unterströmungen zumeist als sogenannte *Gegenkultur* bezeichnet. Im Sprachgebrauch hat sich dieser Begriff zwar vor allem für linke (subkulturelle) Gruppierungen durchgesetzt, aber die Bezeichnung *Gegenkultur* für die Unterströmung zwischen konservativen und rechtsradikalen Strömungen erscheint für die hier vorliegende Gruppierung angebracht. Denn der Vorteil dieser Begrifflichkeit liegt *erstens* in der Möglichkeit, dass nicht alle damit zusammenhängenden Phänomene automatisch politisch genau eingeordnet werden müssen. Dies würde den Anspruch, wie in Kapitel II.2 formuliert, untergraben, die einzelnen intellektuellen, Impulse und Denkfiguren jeweils für sich genommen zu untersuchen, um nicht durch Oberkategorisierungen die einzelnen Unterschiede zu verwischen. *Zweitens* umschreibt der Begriff vor allem den Habitus der politischen Gruppierung – ohne dabei der Projektion zu erliegen, dass diese Gruppierung wirklich von der Mehrheitsgruppe kategorisch getrennt wäre. Damit wird an dieser Stelle betont, dass sich die hier im Vordergrund stehenden Protagonisten gerade nicht vollkommen vom Rest des politischen konservativen Lagers trennen, aber dennoch nach außen hin kaum mehr wirklich dazu gehören. Dieser sich wechselseitig bedingende Prozess der Diversifikation des konservativen Lagers im Allgemeinen und die Verschärfung des *Crítico*n-Lagers im Besonderen wird in drei Blöcken analysiert: Zunächst geht es hierbei um die Identifizierung der (neuen) Feindbilder und die politischen Positionsbestimmungen, um darauf aufbauend das Verhältnis dieses Lagers zur Parteifrage zu klären und die Strategieansätze und Organisationsversuche zu bestimmen. Erst dann können die inneren politisch-programmatischen Radikalisierungstendenzen und der jeweilige Rückbezug auf Theoriestränge aufgezeigt werden.

Mit der Implosion des Realsozialismus brechen nicht nur die UdSSR und damit auch die DDR auseinander, sondern der Marxismus scheint damit auch insgesamt delegitimiert. Damit erleidet nicht nur die deutsche Linke ein Trauma, sondern auch ihre Gegner verlieren hierdurch etwas: eines ihrer zentralen Feindbilder. Allerdings kann dieses relativ schnell ersetzt werden, indem andere bereits seit längerem bestehende Feindbilder, die zuvor allerdings nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten, als neue primäre Feindbilder identifiziert werden. Dabei verbinden sich teilweise alte konservative Klagen mit neuen Phänomenen und Erscheinungen, was letztlich dazu führt – was immer die Aufgabe von Feindbildern ist –, dass sich diese Kreise mit der neuen gesellschaftlichen Situation insofern zurechtfinden können, als sie immer abgrenzend wissen, wo der »Feind« steht. Allein diese Identifizierung bietet schließlich schon einen gewissen Grad an Orientierung, zumal die Feindbildkonstruktion auch die Reihen nach innen schließt. Zu den zentralen Feindbildern Anfang der 1990er Jahre zählt neben der sogenannten »Political Correctness« auch das Feindbild »68«, die zusammen gegen die vermeintlich linksliberale Öffentlichkeit und Diskurshoheit in Stellung gebracht werden. An dieser Kritik, wie es sich beispielsweise an der öffentlichen Unterstützung für die Kandidatur Steffen Heitmanns zum Amt des Bundespräsidenten zeigt, lässt sich

zugleich der Versuch der neuen politischen Positionsbestimmungen im Namen eines neuen »Konservatismus« aufzeigen.

Was Konservative in der Nachkriegszeit immer mit Gruppierungen rechts der Mitte geistig verband, war ein entschiedener, teils rabiaten Antikommunismus. Hierdurch gewannen Positionen umso mehr Profil – durch die vorgezeichnete und zugleich nachdrückliche Untermauerung der eigenen Position qua Abgrenzung. Doch Anfang der 1990er Jahre im Zuge der gesellschaftlichen Liberalisierung und der Krise der Linken, die dieser wiederum durch eine politisch-programmatische Veränderung begegnet, eröffnet sich für konservative Kräfte eine neue Möglichkeit der Feindbildkonstruktion: die sogenannte »Political Correctness« (PC). In dem Moment, da der politischen Linken ein Programm fehlt⁷⁴¹, verlagert sich langsam der Schwerpunkt hin zu postmodernen und poststrukturalistischen Theorieansätzen und zu sprach- wie identitätspolitischen Positionen.⁷⁴² Und diese Verlagerung linker Idiome kommt zugleich auch der politischen Gegenseite entgegen. Doch dabei ist die Kritik an einer angeblichen Verzerrung der Wirklichkeit in der Öffentlichkeit beispielsweise durch Medien oder politische Gegner keine neue konservative Position. Bereits als die gesellschaftliche Liberalisierung beispielsweise in der Konstituierung einer kulturellen liberalen Medienlandschaft Ende der 1960er Jahre schneller voranschritt, als dies von konservativen und bürgerlichen Milieus registriert worden war, eruierten Konservative eine vermeintliche »Hypermoral«. Arnold Gehlen sieht in seiner Schrift *Moral und Hypermoral* die »Hypertrophierung der Moral«⁷⁴³ als gesellschaftliche Verfallserscheinung an. Der Mensch werde, so Gehlen, durch diesen moralischen »Humanitarismus« überfordert und die ihn eigentlich entlastenden Institutionen würden geschwächt. Diese Anklage wurde nun bereitwillig wieder für die Kritik an Medien und linker Deutungshoheit in der Öffentlichkeit aufgenommen. Allerdings war diese Kritik bei weitem kein Monopol der Konservativen. Die Begriffskonstruktion und gedankliche Fixierung auf die durch Sprache vermittelte Wirklichkeitskonstruktion im poststrukturalistischen und postmodernen Sinn, wie sie die »Political Correctness« zu fassen versucht, entstand in der US-amerikanischen Studentenbewegung Ende der 1980er Jahre. Allein das Wort »PC« wird im deutschsprachigen Raum Anfang der 1990er Jahre schnell populär, als Martin Walsers Roman *Ohne einander* die Debatte um Sprachregelungen entfacht. Zur Ambivalenz dieser Kritik an einer linksliberalen Meinungsführerschaft gehört, dass »Political Correctness« nicht nur zum Kampfbegriff für die rechte Seite wird, sondern auch zum symbolischen Bezugspunkt für die linke Seite.⁷⁴⁴ Allerdings sind es anfangs vor allem linksliberale Intellektuelle, die diese neuartige Stimmung und die reine Affirmation auf Sprachregelungen öffentlichkeitswirksam kritisieren. Neben Walser, Strauß und Enzensberger ist es vor allem auch der dezidiert linksliberale Claus Leggewie, der die Karriere der sogenannten »Politischen Korrektheit« besonders im akademisch-intellektuellen Milieu kri-

741 Dubiel: Linke Trauerarbeit.

742 Gerber, Jan: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des »realen Sozialismus«, Freiburg 2010.

743 Vgl. Gehlen, Arnold: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, Frankfurt a.M. 1969, S. 141f.

744 Vgl. Staas, Christian: Vom Medienphantom zum rechten Totschlagargument: Die sonderbare Geschichte der Political Correctness, in: *Die Zeit*, 19.01.2017.

tisiert. Er polemisiert gegen die »pseudohumanistische[n] Sprachregelungen«⁷⁴⁵: »Erwünscht ist, auch in Hörsälen und Seminarräumen, weniger das systematische, *alles* ergründende, damit auch wilde und gefährliche Nach-Denken als das politisch korrekte Vor-Sprechen.«⁷⁴⁶ Eine Folge dieser verkürzten Sensibilisierung sei, dass sich diese Denkform schnell auch in ihr Gegenteil verkehre. Dies belegt Leggewie auch mit dem seiner Ansicht nach fehlerhaften Umgang mit den neuen Konservativen im links-liberalen Feuilleton, womit er eben jene hier im Vordergrund stehenden Intellektuellen meint. Denn die »Dämonisierung des mittelmäßigen Historikers Rainer Zitelmann zum Kopf eines rechtsextremen Netzwerks«⁷⁴⁷ oder die Stilisierung der »Jungen Freiheit« zu einer Gefahr für die Demokratie seien nicht nur Folge einer »vorausseilenden Vermeidung intellektueller Risiken«⁷⁴⁸, sondern dies unterbinde grundlegend die liberale Debattenkultur und Auseinandersetzung mit politischen Positionen, die nicht den eigenen »Weltbildern« entsprechen würden. Damit würden aber missliebige Positionen in ihrer Bedeutung überbewertet.

Doch diese Kritik an »Politischer Korrektheit« unterscheidet sich von den konservativen Anklagen. Die konservative Seite geht in ihrer Kritik nämlich folgendermaßen vor: Zitelmann kritisiert vor allem den »linke[n] Konformismus«, weil er seiner Ansicht nach ein Pluralismusverständnis pflege, das rechte und konservative Positionen ausgrenze.⁷⁴⁹ Politische Korrektheit stelle also politische Positionen voreilig unter Generalverdacht – und allein dieser Verdacht führe dann schon zur automatischen Ausgrenzung aus dem Diskurs. Bereits hieran wird deutlich, dass sich Zitelmann in diesem Punkt auf eine liberale Position zurückzieht, um vom Standpunkt eines Verteidigers des Pluralismus aus zu argumentieren. Pluralismus im politischen System bedeutet nach Zitelmann, dass sich unterschiedliche politische Positionen auch im Parteienspektrum repräsentieren und gegenüberstehen könnten: »In der Demokratie muß es eine demokratische Linke, eine Mitte und eine demokratische Rechte geben. Darüber hinaus gibt es unvermeidlicherweise auch Rechts- und Linksextremisten. Wer aber eine Demokratie will, die rechte Positionen von vornherein aus dem Verfassungskonsens ausgrenzt, setzt sich dem Verdacht aus, die pluralistische Demokratie durch eine antifaschistisch-demokratische Ordnung ersetzen zu wollen.«⁷⁵⁰ Als normativen Ausgangspunkt für dieses Pluralismusverständnis setzt Zitelmann die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«. Die FDGO wird damit gleichgesetzt mit dem »demokratischen Spektrum«. Aus dieser Prämisse ergibt sich für Zitelmann, dass die Ausgrenzung rechter Positionen automatisch zu einer »amputierten Demokratie«⁷⁵¹ führe. Allein hieran zeigt sich schon der oben bereits erwähnte gedankliche Zusammenhang von Antikommunismus und Kritik an Politischer Korrektheit. Denn in der Logik seien es schließlich linke Kräfte, die die demokratische Ordnung bedrohen würden. Allerdings verschiebt sich hierbei

745 Leggewie: Druck von rechts, S. 118.

746 Leggewie, Claus: Vergeßt ›68! Denkt gefährlich! Verrat am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Kursbuch 116/1994, S. 139-148, hier S. 139f. (Herv. i. O.)

747 A. a. O., S. 143.

748 Ebd.

749 Zitelmann, Rainer: Wenn Herrschaftsfreie herrschen, in: Die Welt, 18.12.1993, S. G1.

750 Zitelmann: Position und Begriff, S. 165.

751 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 181.

das Ziel der Kritik, weil die Perspektive auf die Trägergruppen verändert wird. Zitellmann kritisiert vor allem die linksliberale Medienöffentlichkeit, die sich zwar schon in den 1980er Jahren angedeutet habe, aber sich erst nach 1989/90 fest etabliert und endgültig durchgesetzt habe. Dabei changiert er in seiner Anklage: Einerseits will er ausdrücklich den Medien und den Journalisten keinen »Willen zur Manipulation«⁷⁵² unterstellen, andererseits deutet er doch die »manipulativen Möglichkeiten der Medien«⁷⁵³ an. Diese bewusste Unklarheit hängt mit den angesprochenen Feindbildern zusammen, die sich in diesem Punkt überlagern. Denn zum einen führe das Nachleben von »68« zu einer politischen Veränderung in den Redaktionen, die »konservative« Meinungen ausgrenzen würden; zum anderen sei die Medienöffentlichkeit in gewisse Strukturen aufgeteilt, die neue Diskursregeln setzen würden, wo man mit geringem Aufwand durch einzelne Medienorgane eine Dynamik entfache, die eine »geradezu hysterische Atmosphäre«⁷⁵⁴ erzeugen würde. Aus diesem Grund datiert Zitellmann die feste Etablierung einer linksliberalen Medienöffentlichkeit auf Ende der 1980er Jahre – mit dem Fall Jenninger (interessanterweise erwähnt er hierbei nicht die Invektiven des Franz Josef Strauß gegen die Hamburger linksliberale Presse in den 1970er Jahren). Erst seit Jenninger habe sich ein Muster etabliert, das Elisabeth Noelle-Neumann als die sogenannte »Schweigespirale« bezeichnet. Sie beschreibt damit eine Medienlogik, wonach eine Minderheit mit spezifischen Interessen eine »öffentliche Meinung« prägen und öffentlich deuten könne.⁷⁵⁵ Zitellmann bezieht sich in seiner Argumentation nachfolgend vor allem auf diese Analysen und Positionen von Noelle-Neumann. Aber er erweitert diese Kritik. Wo Noelle-Neumann vor allem die Logik der Medienlandschaft kritisiert, geht Zitellmann einen Schritt weiter und sieht dahinter politische Motive. Und diese Kritik wiederum schärft das Feindbild aus konservativer Perspektive. Dies lässt sich daran veranschaulichen, welche Motive Zitellmann beispielsweise vermutet, als nach den ersten Gewaltwellen in Hoyerswerda das Schlagwort vom »hässlichen Deutschen« die Runde macht. Für Zitellmann ist allein schon diese sprachliche Verwendung ein Zeichen für einen »politischen Kampf«, der nur dazu diene, das »Verhältnis zur deutschen Identität« zu stören.⁷⁵⁶ Hier deutet sich schon an, welchen Bedeutungswandel und welche Intention die Kritik an Politischer Korrektheit erfüllt (und auch, dass das Motiv im engen Zusammenhang mit der Tendenz zur Verschwörungstheorie steht): Sie wird zur pauschalen Kritik an der vermeintlichen Herrschaft des politischen Gegners. Mehr noch: Sie wird sogar zur Kritik an der bestehenden Ordnung, weil diese nun gewissermaßen mit dieser Herrschaft gleichgesetzt wird. Ansgar Graw polemisiert sogar noch weiter: »Die dogmatische Ideologie der *political correctness* (PC) ist zur Korsettstange einer Gesellschaft geworden, die ihrer Inhalte und Werte verlustig gegangen ist.«⁷⁵⁷

752 A. a. O., S. 100.

753 A. a. O., S. 103.

754 A. a. O., S. 108.

755 Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale, Frankfurt a.M. 1996, S. 337.

756 Zitellmann, Rainer: Der hässliche Deutsche, in: Rheinischer Merkur, 22.11.1991, S. 6.

757 Graw: Dekadenz und Kampf, S. 282 (Herv. i. O.).

An diesem Punkt der Argumentationskette in der Kritik an der Politischen Korrektheit offenbart sich ein tieferliegendes Motiv der Anklage. Denn in der Identifizierung dieser Herrschenden der bestehenden Ordnung zeigt sich letztlich die alte Anklage der Konservativen seit den 1960er Jahren. Es seien schließlich die »68er«, die mithilfe der Politischen Korrektheit die Deutungshoheit in der Medienlandschaft errungen hätten. Mit dem Signum »68« wird eine »Kulturrevolution« verbunden, im Sinne eines Prozesses, in dem »über die Institutionen der Bewußtseinsbildung« wie Kindergarten, Schulen und Universitäten die »Normen und Werte« grundlegend schleichend verändert werden sollen⁷⁵⁸ – was natürlich in Teilen durchaus nachvollziehbar scheint, denkt man nur einmal an Joschka Fischer, der wenige Jahre später den langen Marsch durch die Institutionen tatsächlich vollendet. Die Verbindungslinie von Politischer Korrektheit und dem alten Feindbild der »68er« wird vor allem von Weißmann gezogen, der sich in seiner Kritik auch auf die Argumentation Zitelmanns weiter oben bezieht. Aufschlussreich ist dabei vor allem Weißmanns Analyse der »68er«-Revolte. Denn deren Ursache sieht der promovierte Historiker »weniger in den wirklichen oder vermeintlichen Mißständen« der Gesellschaft, sondern »eher in der sozialpsychologischen Situation der Jungen, die in einer ebenso wohlhabenden wie langweiligen [sic!] Welt heranwuchsen.«⁷⁵⁹ Der dahinterstehende Prozess wird reduziert auf einen heroischen Moment der Auflehnung. Diese Auflehnung habe am Ende des langen Marsches durch die Institutionen ihre Vollendung gefunden in der Festsetzung von »Spielregeln, die die Linksliberalen nach 1968 Schritt für Schritt durchgesetzt haben«⁷⁶⁰. Nach Weißmann ist der vermeintliche Pluralismus im Sinne der Linken »nur eine besonders geschickte Form der Verschleierung von Herrschaftsverhältnissen«⁷⁶¹. Die »Kulturrevolution von 1968« habe eine »Linksverschiebung« bewirkt, sodass sich »allmählich das politische Klima in der Bundesrepublik verändert und konservative Positionen marginalisiert«⁷⁶² werden.

Vor diesem Hintergrund fällt auch die Argumentation im Namen des Pluralismus gewissermaßen in sich zusammen. Dieses Verständnis von Pluralismus entkleidet ihn seines liberalen Kerns. Dies lässt sich wiederum besonders an Weißmann veranschaulichen, der sein Verständnis von Pluralismus genau erläutert: Er bedeute einen »Wettstreit zwischen intellektuellen Eliten und deren Anhang um den entscheidenden geistigen Einfluß innerhalb einer Gesellschaft«⁷⁶³. Demnach ende der Pluralismus in dem Augenblick, sobald sich ein »Meinungslager« durchgesetzt habe und die »kulturelle Hegemonie«⁷⁶⁴ errungen habe. Legt man nun eben jenes Verständnis als Maßstab an die oben bereits erwähnte Kritik an den »68ern« an, entpuppt sich die Kritik an dem mutmaßlich mangelnden Pluralismus der linken Intelligenz vor diesem Hintergrund lediglich als Anklage aus Neid. Schließlich hat das Lager von Weißmann selbst genau diese Rolle für sich beansprucht, aber diesen »Wettstreit« verloren. Das scheinbar Liberale

758 Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 321.

759 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 17.

760 Zitelmann: Position und Begriff, S. 172.

761 Weißmann: Die konservative Option, S. 131.

762 Weißmann: Ein paar einfache Wahrheiten, S. 61.

763 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 153.

764 Ebd.

an dieser Anklage fällt dadurch als leere Worthülse in sich zusammen und die Kritik an der Politischen Korrektheit verkommt zur Forderung, dass konservative und rechtskonservative (aber auch rechtsradikale) Medien und Positionen in der Öffentlichkeit vertreten sein müssten. Zitelmann benennt als Ziel seiner Kritik offen, die »Definitionsmacht der Linken«⁷⁶⁵ zu brechen, womit er vor allem den »Linksliberalismus«⁷⁶⁶ meint. Auch hieran zeigt sich erneut ein strategisches Verständnis von »Pluralismus« und es offenbart ebenfalls, dass die angeblich »offene« Auseinandersetzung am Ende darauf abzielen soll, dass andere Positionen, die gegen den »Linksliberalismus« gerichtet sind, in der öffentlichen Debatte gehört und vertreten werden sollen. Nicht zufällig setzt Zitelmann an diesem Punkt die »Linken« mit dem »Linksliberalismus« gleich. Denn eigentlich seien die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 für die Linke als politische Kraft eine »historische Niederlage« gewesen: »Der Zusammenbruch des Sozialismus und die Thematisierung der nationalen Frage wirkten wie ein Schock.«⁷⁶⁷ Doch aus dieser Krise heraus sei die Linke mit dem Instrument des »Antifaschismus« und der »Politischen Korrektheit« wieder »handlungsfähig«⁷⁶⁸ geworden und habe stetig mit Kampagnen den »Diskurs« wieder beherrschen können. Als Beispiele für solche Kampagnen nennt Zitelmann unter anderem die Lichterketten gegen die rassistischen Pogrome oder auch die »Anti-Heitmann-Kampagne«, auf die noch genauer eingegangen wird. Unmittelbar nach 1989 wird noch von einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel geträumt, indem auch die »68er« entmachtet würden, womit vor allem die »tonangebenden Linksliberalen«⁷⁶⁹ gemeint sind. Doch schon nach kurzer Zeit verfliegt diese Hoffnung und die unterstellte Regeneration der Linken wird dabei zum Sinnbild des aus konservativer Sicht ausbleibenden gesellschaftlichen Wandels. Zitelmann zeigt sich geradezu schockiert darüber, dass trotz der deutschen Vereinigung und der Krise der Linken dennoch Anfang der 1990er eine »Linksverschiebung des Meinungsklimas«⁷⁷⁰ festzustellen sei.⁷⁷¹

Die Anklage einer angeblichen »Politischen Korrektheit« fungiert letztlich als Chiffre für die Kritik an anderen tieferliegenden gesellschaftlichen Entwicklungen, wie etwa der Liberalisierung oder Sozialdemokratisierung gesellschaftlicher Institutionen, beispielsweise auch der Kirchen. Zitelmann etwa kritisiert ausdrücklich die Politik der Kirchen in Deutschland, da sie seit den 1970er Jahren »sogenannte Befreiungsbewegungen in der Dritte[n] Welt« gefördert habe, die »kommunistisch gesteuert waren und Menschenrechte verletzten«.⁷⁷² Hieran wird deutlich, dass die Kritik an der »Politischen Korrektheit« am Ende einer funktionalistischen und instrumentellen Logik folgt, die sprachlich und begrifflich in verkleideter Form lediglich darauf abzielt,

765 Zitelmann: Position und Begriff, S. 166.

766 A. a. O., S. 167.

767 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 133.

768 A. a. O., S. 149.

769 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: Criticón 133/1992, S. 207.

770 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 7.

771 Dabei bezieht sich Zitelmann auf Allensbach-Daten, die die Selbstverortung vor allem von Jugendlichen zwischen links-mitte-rechts erhoben haben. Einerseits sei demnach festzustellen, dass immer mehr Menschen sich als »links« einstufen, andererseits beklagt Zitelmann, dass sich dieser Effekt noch dadurch verstärke, dass sich immer weniger als »konservativ« verstehende Politiker und Journalisten in der Öffentlichkeit präsent wären.

772 A. a. O., S. 62.

grundlegende Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen zu üben. Im gleichen Atemzug wird über diese Kritik aber auch das Feindbild des »Linksextremismus« wieder neu aufgebaut. Die Linke sei aus ihrer Krise nach der Vereinigung nicht nur gestärkt hervorgegangen, sie habe auch neue soziokulturelle Bindungen zwischen dem »Linksextremismus« und dem Linksliberalismus aufgebaut. Nach Knütter ist vor allem der »Linksextremismus« wieder zum primären Feindbild avanciert: »Trotz der Pleite von 1989/91 ist er besser organisiert, in meinungsführenden Teilen der Gesellschaft anerkannt.«⁷⁷³ Diese Feindbildkonstruktion verbindet sich hierbei mit der schon oben angedeuteten Perspektive, dass es keinen »antitotalitären«, sondern einen »einseitigen« antifaschistischen Konsens geben würde.⁷⁷⁴ Politische Korrektheit wird damit nicht mehr nur zum Instrument der politischen Linken, sondern zum ordnungs- und staatszersetzenden Mechanismus, weil die »Diskussions- und Denkverbote«⁷⁷⁵ letztlich auf eine »totalitäre Gesinnungs- und Tugendpolitik«⁷⁷⁶ hinauslaufen würden, die der Staat bereitwillig übernehme, weil er – so der Zirkelschluss der Argumentation – von den »68ern« beherrscht werde.⁷⁷⁷ Und weil die Kritik an PC damit letztlich rein instrumentellen Erwägungen folgt und das anvisierte Ergebnis der Argumentation in der Kritik – als Fundamentalanklage gegen die »68er« – von vorneherein feststeht, fällt auch der kleinteilige Widerspruch zwischen einem vermeintlichen »anti-totalitären« (Zitelmann) oder »einseitig antifaschistischen« (Knütter) Konsens nicht weiter ins Gewicht. Die Kritik dieser Kreise besteht notwendigerweise in pauschalen Anklagen, da sie die verurteilten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht wirklich auf den Punkt bringen können und deshalb einzelne Symptome bekämpfen, ohne ein einheitliches Argumentationsschema bilden zu können – daher die Widersprüche im Einzelnen. Dies lässt sich beispielsweise daran veranschaulichen, wie scheinbar problemlos unterschiedliche Feindbilder als Bedrohungssyndrom ineinander übergreifen können. Der CDU-Politiker Heiner Geißler war zwar schon in den 1980er Jahren ein (im doppelten Wortsinn) rotes Tuch für Konservative. Aber für Zitelmann avanciert der sozialkatholische Jesuit Anfang der 1990er Jahre zu einem noch viel stärkeren Feindbild, was anachronistisch anmutet, weil Geißler nach dem CDU-Bundesparteitag 1989 als Generalsekretär abgesetzt wurde. Aber für Zitelmann steht Geißler erstens für eine Sozialdemokratisierung der Union, zweitens für eine Linkverschiebung der Kultur, drittens setze er sich mit Süßmuth für Feminismus

773 Knütter, Hans-Helmuth: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Frankfurt a.M. 1994, S. 8. Dies hatte Knütter schon zuvor in *Criticón* problematisiert, vgl. Knütter, Hans-Helmuth: CDU/CDU und Antifaschismus. Eine Partei in Verlegenheit, in: *Criticón* 107/1988, S. 135–138.

774 Vgl. Knütter, Hans-Helmuth: Der 8. Mai: Ein sperriger Gedenktag, in: *Junge Freiheit* 16/1995, S. 11.

775 Weißmann: Die konservative Option, S. 130.

776 Hornung, Klaus: Zwischen »Ausländerfeindschaft« und »Scheinliberalität« – Steht die Libanonisierung der Bundesrepublik bevor?, in: *Criticón* 112/1989, S. 52–53, hier S. 53.

777 Dieser konstruierte Zusammenhang zeigt sich in Reinform bei Schrenck-Notzing: »Haben wir es mit der Tendenz zu einer formierten Öffentlichkeit zu tun, die unter dem Diktat der »political correctness« das für den Dialog in einer offenen Gesellschaft unerlässliche Gegeneinander unterschiedliche Positionen aufhebt? Neo-totalitäre Kräfte glauben auch nach dem Ende des Marxismus ihre Stunde gekommen, wenn sie Dissidenten im publizistisch-kulturellen Bereich jagen, als ob wir in einem ideologisch-totalitären Staate lebten.« (Crito [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 136/1993, S. 51).

ein und viertens vertrete er neben einer »weiblichen Gesellschaft« auch die Vorstellung einer »multikulturellen Gesellschaft«⁷⁷⁸. Dieser letzte Punkt bildet gewissermaßen das Finale im Radikalisierungsprozess dieses Diskursstranges, denn die Verbindung von »68«, Politischer Korrektheit und der »Linksverschiebung«⁷⁷⁹ (Zitelmann) gipfelt am Ende in einer Abrechnung mit der Vorstellung einer »multikulturellen Gesellschaft« – als eines vermeintlichen Gegenentwurfs zu einer vorgeblich »deutschen Nation«, in der bis Ende der 1990er Jahre das *ius sanguinis*, also das Abstammungsprinzip, als Staatsbürgerschaftskriterium vorherrscht. Für Weißmann ist die Apologie einer multikulturellen Gesellschaft lediglich Ausdruck einer »Staatsferne«, Folge einer »defizitäre[n] Einstellung zum Staat«⁷⁸⁰ und vor allem eine »Art von Sühne für die nationalsozialistischen Verbrechen«⁷⁸¹. Damit knüpft dieser Argumentationsstrang wiederum an die angeblich moralisierende Kritik der Politischen Korrektheit vom Anfang an – und verkommt damit lediglich noch zum Wunsch, die Diskurshoheit gegen die linksliberale Öffentlichkeit zu erlangen bzw. die eigene Position zumindest als ebenbürtig aufzuwerten.

Es gehört zu den zeithistorischen Besonderheiten Anfang der 1990er Jahre, dass diese Auseinandersetzung nicht nur in intellektuellen, akademischen Kreisen, sondern in der medialen Öffentlichkeit geführt wird. Bis Mitte des Jahrzehnts finden sich mehrere Sammlungsversuche, Initiativen und Appelle im Feuilleton, die versuchen, diese theoretische Position auch politisch-praktisch einzufordern. Nicht zuletzt wird die Gründung des *Focus* aus genau diesem Grund begrüßt und als Zeichen eines Rechtstrends in den Medien gedeutet⁷⁸², um das »Monopol des ›Spiegels‹ zu brechen«⁷⁸³. Es sind – bezeichnenderweise – die hier im Vordergrund stehenden Intellektuellen, die zu den zentralen Protagonisten dieser Sammlungsversuche und Initiativen gehören. Vor allem Zitelmann und Schwilk gelten dabei als Polit-Profis, die diesen Deutungskampf im öffentlichen Feld auf medialer Ebene führen könnten, wie es in der *Jungen Freiheit* heißt.⁷⁸⁴ Zitelmann wird darüber hinaus ausdrücklich für seinen Kurs in der *Welt*-Redaktion gelobt. Nachdem er 1992 die Universität verlassen hat und Cheflektor der Verlage Ullstein und Propyläen wird, wechselt er kurze Zeit später zur *Welt*, wo er die Leitung des Ressorts »Geistige Welt« übernimmt. Dort könne er, so ist er überzeugt, mit seinem »konservativen Kurs« ein Gegengewicht gegen die »linksgewirkte[] Redaktionsmannschaft« schaffen.⁷⁸⁵ In dieser Phase von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre sind es vor allem zwei Fälle, die so etwas wie das vorerst letzte Aufbegehren dieser politischen Kräfte in der Öffentlichkeit darstellen. Und ihr fatales Scheitern verstärkt Frustration und Verbitterung und beschleunigt damit Radikalisierungstendenzen: Der Fall Heitmann und der Berliner Appell.

778 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 93.

779 A. a. O., S. 7.

780 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 158.

781 A. a. O., S. 159.

782 Vgl. Sattler, Stephan: Interview mit Arnulf Baring: Der Rechtsruck – eine Chimäre, in: *Focus* 18/1994, S. 114–118, hier S. 114.

783 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 135/1993, S. 3. Ähnlich Molau, Andreas: Die neuen Wochenzeitungen: *Focus*: empfehlenswert; *Woche*: peinlich, in: *Junge Freiheit* 4/1993, S. 13.

784 Vgl. Bubik, Roland: Der Profi für Polit-Marketing, in: *Junge Freiheit* 3/1995, S. 3.

785 O. V.: Zitelmann-Entlassung als »Ente« dementiert, in: *Junge Freiheit* 20/1994, S. 1.

Nachdem die Wende-Euphorie schon verfliegen ist, statt blühender Landschaften im Osten vielmehr die steigenden Arbeitslosenzahlen ins Auge springen und die CDU in Umfragen deutlich verliert, nominiert Kohl 1993 Steffen Heitmann zeitweilig zum Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten. Heitmann ist zu dieser Zeit sächsischer Justizminister und gilt als konservativer Hardliner. Der Kanzler will hiermit über die Personalpolitik (neben Manfred Kanther als Innenminister) eine konservative Profilierung seiner Partei erreichen und zugleich ein Zeichen der »Einheit« setzen, weil sich bereits Misstrauen über ausbleibende reale positive Veränderungen ausbreitet.⁷⁸⁶ Heitmann ist durchaus umstritten, findet innerhalb der Union aber überwiegend Unterstützung. Lediglich Süßmuth und Geißler äußern zunächst verhalten Bedenken wegen dessen nationalistischer Äußerungen.⁷⁸⁷ Aber nach der offiziellen Kandidaten-Benennung für die Wahl im Mai 1994 folgt eine öffentliche Kontroverse über die Person Heitmann. Diese heizt der Kandidat noch zusätzlich durch provozierende Äußerungen gegen »Überfremdung« an.⁷⁸⁸ Danach verliert Heitmann zunehmend den Rückhalt in der Union, sodass er nach kurzer Zeit auf seine Präsidentschaftskandidatur verzichtet.⁷⁸⁹ Aus heutiger Sicht mag diese Kontroverse etwas überzogen erscheinen. Aber wie Kommentatoren damals zugleich anmerken, ist diese Auseinandersetzung entscheidend für eine erste grundlegende Debatte über ein deutsches Selbstbild zwischen Ost und West.⁷⁹⁰ Die Heitmann-Kontroverse steht darüber hinaus aber auch grundlegender für eine (vorerst letzte) Auseinandersetzung um die programmatische Ausrichtung der Christdemokratie. Denn retrospektiv lässt sich deutlich nachzeichnen, dass sich die CDU ab Anfang der 90er Jahre stetig liberalisierte.⁷⁹¹ Das Aufbegehren der Konservativen zur Unterstützung Heitmanns kann insofern auch als ein letzter Versuch der Gegensteuerung gewertet werden. Denn danach werden innerparteiliche Auseinandersetzungen auffallend seltener. Ganz nebenbei: Heitmann schreibt nach seinem Rückzug einen Text über »Revolution und Wende. Über den schwierigen Aufbau des vereinten Deutschlands« für die zweite Auflage der *Selbstbewussten Nation*,⁷⁹² der gekürzt als »Die Revolution verkommt zur Wende« auch in der FAZ erscheint.⁷⁹³

786 Lesch, Markus: Wie Kohl auf Heitmann kam, in: Die Welt, 09.09.1993, S. 3.

787 Vgl. o. V.: Beifall für Heitmann in der Unionsfraktion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.1993.

788 Hofmann, Gunter: Ein Beitrag zur inneren Einheit, in: Die Zeit, 03.12.1993; Prantl, Heribert: Man muß dem deutschen Normalbürger eine Stimme geben. Interview mit Steffen Heitmann, in: Süddeutsche Zeitung, 18.09.1993, S. 9; Gessenharer: Kippt die Republik?, S. 9.

789 Vgl. Philipps, Peter: Kandidat als Symbol, in: Die Welt, 26.11.1993; Lambeck, Martin S.: Erleichterung, doch kein Triumph, in: Die Welt, 26.11.1993, S. 3.

790 Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Was Heitmann erreicht hat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.1993.

791 Vgl. Walter, Franz: Was an der Union noch konservativ ist, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7-8/2009, S. 46-49, hier S. 47.

792 Heitmann, Steffen: Revolution und Wende. Über den schwierigen Aufbau des vereinten Deutschlands, in: Schwilk, Heimo; Schacht, Ulrich (Hg.): Die Selbstbewusste Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. überarbeitete Auflage, Frankfurt a.M. 1994, S. 447-456.

793 Heitmann, Steffen: Die Revolution verkommt zur Wende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.09.1994.

Für Rohrmoser ist Heitmann nicht nur ein Symbol der »inneren« Einheit Deutschlands – als erster Ostdeutscher für ein höheres repräsentatives Amt –, sondern er ist auch ein (letztes) Wendezeichen, weil dieser es verstehe, die »Sprachregelungen«⁷⁹⁴ der »Medienmacht« durchbrechen zu können. Vor allem dessen provozierenden Äußerungen hinsichtlich einer Gleichsetzung der »braunen« und »roten« Vergangenheit Deutschlands – NS-Zeit und DDR – werden im konservativen Spektrum wohlwollend aufgenommen. An der Heitmann-Rezeption⁷⁹⁵ lassen sich in *Criticón* gewisse Motive ablesen, denn dort heißt es, gerade der »Mentalitätsunterschied« zwischen Ost und West könne im Westen eine Veränderung bewirken. Hier wird an die Grundvorstellung wenige Jahre zuvor angeschlossen, denn 1989 und 1990 wird die Hoffnung auf einen Wandel in Westdeutschland noch in der ostdeutschen Bevölkerung gesehen. Dieses Motiv transferiert sich dahingehend, dass nun allein schon die Bereitschaft von Heitmann, »Tabuthemen« gegen die Medienlogik anzugehen, ausreichen könne, die linksliberale Meinungsführerschaft aus der Reserve zu locken.⁷⁹⁶ Auch Zitelmann stellt sich hinter Heitmann, dessen Verdienst es sei, auf die »Existenz von Tabuzonen in der öffentlichen Debatte«⁷⁹⁷ hinzuweisen. Diese Tabus seien etwa das deutsche Problem mit der Vergangenheit, ein Bekenntnis zur »Nation« oder die Infragestellung einer von oben verordneten »multikulturellen Gesellschaft«. Der Fall Heitmann sei ein »Stellvertreterkrieg«⁷⁹⁸, indem sich die linksliberale Öffentlichkeit aus der Krise der Linken wieder zu rehabilitieren versuche: Diese habe erfolgreich die »Abwehrschlacht« gewonnen, sodass der Fall Heitmann im Nachhinein eine »Zäsur«⁷⁹⁹ darstelle: Diese Kampagne habe zum einen gezeigt, dass die deutsche Vereinigung allein nicht für die eigenen politischen Ziele ausreiche und zum anderen, dass die Linke nicht verloren habe, denn: »Die Konservativen waren zu schwach – besonders in den Medien.«⁸⁰⁰ Die Unterstützung Heitmanns aus den konservativen Reihen ist aber nicht nur aufgrund des Insistierens auf der Mediendynamik aufschlussreich. Sie zeigt zugleich auch Radikalisierungsmomente für Teile dieses Spektrums an. Offenbar trifft der Fall Heitmann damals ganz bestimmte wunde Punkte und aktiviert Bedürfnisse, die zuvor nur vereinzelt geäußert wurden. Mit dem Scheitern von Heitmann ist aber ein Punkt erreicht, der die verschärften politischen Vorstellungen – mit Heitmann als Märtyrer – offen zutage treten lässt. Für Ulrich Schacht geht es demnach in dieser Auseinandersetzung um eine Verleumdungskampagne der »westdeutschen PC-Gesellschaft«⁸⁰¹, also der Politischen Korrektheit, die den »unbescholtenen Demokraten Heitmann«⁸⁰² anklage, weil er »mit seinem Lebensweg durch die zweite deutsche Diktatur bewiesen hat, daß man

794 Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 29.

795 Zur medialen Debatte um die Heitmann-Kandidatur vgl. Terkessidis, Mark: Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte, Köln 1995, S. 43ff.

796 Vgl. Schlich, Kaspar: Ende einer Treibjagd, in: *Criticón* 140/1993, S. 261–262, hier S. 261. Ähnlich Schmidt, Martin: Steffen Heitmann: Die »Zumutung«, in: *Junge Freiheit* 10/1993, S. 3; Stein, Dieter: Ein Mann dient als Katalysator, in: *Junge Freiheit* 11/1993, S. 1.

797 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 151.

798 A. a. O., S. 153.

799 A. a. O., S. 155.

800 Ebd.

801 Schacht: Stigma und Sorge, S. 60.

802 A. a. O., S. 59.

als Jurist der evangelischen Kirche nicht Kollaborateur des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR sein mußte, um den von SED und MfS Unterdrückten besonders gottgefällig zu dienen.«⁸⁰³ Heitmann kanalisiert hier offenbar das Bedürfnis nach einer ostdeutschen Vergangenheitsaufarbeitung – Schacht floh nach politischer Gefangenschaft in der DDR Ende der 1970er Jahre in die Bundesrepublik – durch die Gleichsetzung mit der westdeutschen in totalitarismustheoretischer Manier. In der Zeitschrift *Criticón* wird Heitmann sogar dafür gelobt, dass mit seiner Person an der Spitze der Republik die »Instrumentalisierung von Auschwitz« beendet werden könne.⁸⁰⁴ Diese Vorstellung in Bezug auf die aus ihrer Sicht moralisierende Erinnerungskultur ist aber freilich nicht nur in konservativen Reihen weit verbreitet. Schließlich wird Martin Walser dies in seiner Paulskirchen-Rede wenige Jahre danach die berüchtigte »Moralkeule« nennen. Dieses Narrativ wird später auch von Weißmann aufgegriffen, wenn er die Befürchtungen und Kritiken Anfang der 1990er Jahre gegenüber einem neuen deutschen National- und Machtstaat damit abtut, sie seien lediglich eine »Phobie« gewesen, dass der Nationalstaat ein »weiteres ›Auschwitz‹« vorbereiten werde.⁸⁰⁵ Durch diese konstruierte Konditionalität versucht Weißmann Gegenargumente allein durch den Einschub abzuwenden, dass die Wiederauferstehung eines deutschen Nationalbegriffs nicht automatisch zu einem »weiteren Auschwitz« führe. Die Kontroverse um die Heitmann-Präsidentschaftskandidatur ist in unserem Zusammenhang nicht nur deshalb bedeutend, weil sich hier die unterschiedlichen bereits erwähnten Strukturmomente und vereinzelt Feindbilder bündeln. Sie ist auch vorläufig der letzte Moment, in dem sich eine einheitliche Front in diesem breiten konservativen Lager – von christdemokratischen Reformern, bürgerlichen Konservativen, nationalkonservativen Stahlhelmen und rechtskonservativen Sektierern weit rechts der Mitte – bilden kann, die für ein gemeinsames Ziel (Heitmann als Symbol) eintritt. Danach werden es nur noch Abwehrkämpfe sein, indem sich diese Strömungen nur noch halbwegs überschneiden, um sich gemeinsam von etwas abzugrenzen wie kurze Zeit später beispielsweise mit dem sogenannten Berliner Appell.

Der wohl bedeutendste Versuch, sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden und dabei zugleich die eigenen Reihen ein letztes Mal zu schließen, ist eben jener Berliner Appell vom 28. September 1994.⁸⁰⁶ Dieser wird in mehreren deutschen Tageszeitungen – von der *Süddeutschen Zeitung* bis zur *Welt* – veröffentlicht und von namhaften Politikern und Intellektuellen unterzeichnet. Im Vordergrund des Appells »Wehret den Anfängen!« steht die Warnung vor einer Wiederkehr des »Sozialismus«. Deshalb »droht endgültig der antitotalitäre Konsens zu zerbrechen, auf dem unsere Demokratie beruht«, wie es im Appell dazu weiter heißt. Dieser Aufruf wird u.a. von Schwilk und Zitelmann organisiert⁸⁰⁷, Schwilk ist zugleich Inhaber des Spendenkontos zur Finanzierung. Der Appell findet breite Unterstützung auch im bürgerlichen Lager, zu den Unterzeichnern zählen neben Karlheinz Weißmann und Alfred Dregger auch Immanuel Geiss, Steffen Heitmann oder Gerhard Löwenthal. Dieser Aufruf ist in mehrfacher

803 A. a. O., S. 60.

804 Vgl. Lenk, Leonhard: Jagdszenen, in: *Criticón* 139/1993, S. 210.

805 Weißmann, Karlheinz: Nation?, Bad Vilbel 2001, S. 18.

806 O. V.: Berliner Appell: Wehret den Anfängen!, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.09.1994.

807 Vgl. Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 11.

Hinsicht symptomatisch – nicht nur, weil die Unterzeichnerliste wie eine Personenliste der wichtigsten Feuilleton-Prominenz für das bürgerliche und konservative Spektrum anmutet⁸⁰⁸, sondern auch weil sich darin verschiedene bereits angesprochene Argumentationsmuster und Leitbilder verdichten. *Erstens* wird vor einem neuen Antikommunismus aufgrund der »Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß« gewarnt. Damit zusammenhängend setzt der Appell *zweitens* den Sozialismus intentional gleich mit »Verharmlosung und Schönfärberei der SED-Diktatur«. Diese »Diktatur« müsse entsprechend äquivalent der »westdeutsche[n] Vergangenheitsbewältigung« mit dem Nationalsozialismus aufgearbeitet werden, wodurch die DDR und der Nationalsozialismus wiederum gleichgesetzt werden sollen. *Drittens* werden der sogenannte »Antifaschismus« und die linksliberale Deutungskultur als ein »Verfall der politischen Kultur« gedeutet. Dahinter steht eine Anklage an mediale Diskursdynamiken. Gegen diese vermeintliche Meinungsführerschaft inszenieren sich die Unterzeichner des Berliner Appells als liberale Garanten der Meinungsfreiheit: »Wir verteidigen den Pluralismus«, heißt es daher am Ende bezeichnend – und bezieht man die oben bereits herausgearbeiteten Ambivalenzen dieses Pluralismusverständnisses mit ein, lässt sich hinzufügen: entlarvend.

In diesen öffentlichkeitswirksamen, polarisierenden Auseinandersetzungen, in die die Konservativen viel Kraft stecken und dadurch auch Hoffnung setzen, in deren Verlauf sie aber umso schmerzlicher scheitern, bündeln sich Enttäuschungen, Verbitterung und Frustration und verschärfen schon seit längerem radikalisierte Grundpositionen. Damit vollendet sich der bereits angekündigte Diversifikationsprozess innerhalb des konservativen Spektrums. Allerdings bleibt der Begriff des Konservatismus weiterhin diffus und unbestimmt. Wie in Auseinandersetzungen von politischen Strömungen historisch betrachtet so häufig – beispielsweise im sozialdemokratischen Milieu Anfang des 20. Jahrhunderts oder auch im konservativen Spektrum in der Weimarer Zeit – beanspruchen alle Teilströmungen für sich, die einzig wahren Vertreter, Erben oder Verwalter dieser Strömung zu sein. Von daher überrascht es nicht, dass Anfang der 1990er Jahre ein Deutungskampf um den Konservatismusbegriff ausbricht. Hierbei konkurrieren, grob zusammengefasst, drei Vorstellungen: Die einen halten an einem tradierten Konservatismusbegriff fest, der sich auf bürgerliche Werte und »Maß und Mitte« besinnt. Diese versammeln sich weiterhin in den christdemokratischen Reihen, nehmen dafür aber die zunehmende politische Bedeutungslosigkeit (vorläufig) in Kauf. Demgegenüber binden vor allem junge Konservative aus dem christdemokratischen Spektrum den Konservatismus immer stärker als abhängigen Teilbereich an individuelle Leistungsparadigmen wie Flexibilisierung, Globalisierung oder Privatisierung. Der Konservatismus wird damit reduziert auf ein im Kulturellen wirkendes Polster. Doch ein dritter Teil aus diesem Spektrum will sich weder mit einem politisch machtlosen Altkonservatismus noch mit einem entkernten Liberalkonservatismus oder individualistischen Kulturkonservatismus abfinden. Gerade diese Strömung grenzt sich nun of-

808 Diesen Aspekt betont die *Junge Freiheit* auch zur Selbstinszenierung. Sie lobt besonders Schwillk und Zitelmann für ihr öffentliches Engagement und die Initiative des Appells, Stein, Dieter: »Berliner Appell«: Gemeinsame Erklärung der Neunundachtziger. Pflügers Alptraum wird wahr, in: *Junge Freiheit* 40/1994, S. 1.

fensiv von den anderen konservativen Spielarten ab, beansprucht aber zugleich selbst die Deutungshoheit über den Konservatismusbegriff, den sie selbst prägen will.

Auch wenn der Begriff des Konservatismus weiterhin inhaltlich vage und umstritten bleibt, so erhält die Apologie eines eigenständigen, unabhängigen und durchaus rabiatischen Konservatismus eine neue Attraktivität in dieser gesamtgesellschaftlichen Umbruchsphase. Der Rückbezug auf den Konservatismus gewinnt erneut Plausibilität gegenüber der politischen Linken oder dem lebensweltlich immer mehr erfahrbaren Wertewandel, denkt man nur einmal im Bereich der Popkultur an die Lebensstile der Jugendkulturen in den 1990er Jahren rund um die Techno-Welle. Allesamt gesellschaftliche Erscheinungen, die nicht nur in dem bürgerlichen Mittelfünfinger, der noch regelmäßig sonntags zur Messe geht, Aversionen hervorrufen. Erst vor diesem Hintergrund werden die weiterführenden Entwicklungen in diesem Spektrum nachvollziehbar. Denn eine Teilströmung versucht nun, diesen Begriff nicht nur für sich allein zu proklamieren, sondern diesen auch zu formen und – wie gezeigt wird – umzudeuten. In der *Jungen Freiheit* heißt es in Anlehnung an eine Formulierung von Armin Mohler, dass der deutsche Konservatismus mit der deutschen Vereinigung eine »Achsenzeit« durchlaufen habe. Daher dürfe dieser nun nicht mehr nach hinten schauen, sondern müsse seinen Blick allein nach vorne richten. Der Konservatismus bedürfe daher einer »innere[n] Haltung, die sachliche Wahrnehmung der Gegenwart mit der Fähigkeit zur Begeisterung verbindet.«⁸⁰⁹ Auch Karlheinz Weißmann sieht nun die Zeit gekommen, den Konservatismus neu zu formen. Daher plädiert er für einen »neuen politischen Verismus«⁸¹⁰, um die neuen und geänderten politischen Verhältnisse adäquat politisch analysieren und daraus entsprechende Konsequenzen für das politische Verhalten ziehen zu können. Diesen Begriff entlehnt Weißmann der Geschichte der italienischen Kunst des 19. Jahrhunderts bzw. der Kunst- und Literaturtheorie aus der Weimarer Zeit. »Verismus« war in diesem Sinne eine zeitgeschichtliche Strömung, die ihre ästhetische Darstellung an Elementen des Realismus und Naturalismus orientierte. Besonders in der Kunstgeschichte ging aus dieser Strömung die sogenannte »Neue Sachlichkeit« um Künstler wie Otto Dix oder George Grosz als deren bedeutendsten Vertretern hervor.⁸¹¹ Doch auch wenn Weißmann damit für sich eine schonungslose, realistische Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse im ersten Moment in Anspruch nimmt, entpuppt sich dieser postulierte »Verismus« als ein altbekanntes Muster. Denn er schließt hieraus keine politischen Konsequenzen auch für die Reflexion der eigenen theoretischen Position, sondern ihm geht es um eine theoretisch-intellektuelle Veredelung durch die sprachliche Codierung – vulgo: um ein schickes Label. Hierbei offenbart sich besonders Weißmanns Interesse, eine ältere Position seines ehemaligen Lehrers Armin Mohler, mit anderen Vokabeln versehen, zu aktualisieren. Mohler hatte bereits Ende der 1970er Jahre versucht den sogenannten »Nominalismus«⁸¹², einen Begriff, den er der Scholastik entlehnt, gegen den Universa-

809 Christadler, Martin: Die Ortung des Konservativen, in: *Junge Freiheit* 3/1991, S. 7.

810 Vgl. Weißmann: Herausforderung und Entscheidung.

811 Vgl. Petronio, Giuseppe: Geschichte der italienischen Literatur, Band 3: Vom Verismus bis zur Gegenwart, Tübingen 1993.

812 Vgl. Mohler, Armin: Die nominalistische Wende, in: *Criticón* 47/1978, S. 139-145.

lismus in Stellung zu bringen.⁸¹³ Der Nominalismus war in der Philosophiegeschichte ursprünglich die »radikal aufklärerische Ansicht, die jedes Ansichsein der Idee bestreitet«⁸¹⁴, die sich aber im Zuge der Aufklärung in ihr Gegenteil verkehrte. Mohler wie auch Weißmann postulieren damit eine politische Sichtweise, die sich vermeintlich gegen die »Tabuisierung der Wirklichkeit (Armin Mohler)«⁸¹⁵ wendet, um »frei von Illusionen die Zukunftsaussichten zu bestimmen«⁸¹⁶. Weißmann gibt sich bescheiden, wenn er relativiert, dass es sich bei dem »Verismus« »noch nicht um eine ›Weltanschauung‹ und sicherlich nicht um eine ›Lehre‹«⁸¹⁷ handelt. Doch letztlich bleibt die Frage ungeklärt, was er anderes als einen Realismus mit nominalistischem Einschlag im Sinne Mohlers meinen könnte, wie er es noch kurz zuvor selbst postulierte.⁸¹⁸ Auf dem vorläufigen Höhepunkt der publizistischen Erfolgswelle dieser konservativen Gruppierungen, zumindest nach dem Maßstab beurteilt, wie öffentlichkeitswirksam deren Positionen verhandelt werden, fordert Weißmann, wie schon Mohler Mitte der 1970er Jahre, eine entschiedene Abgrenzung der neuen konservativen Intelligenz von den sogenannten Liberalkonservativen. Denn dieser neue Konservatismus müsse sich explizit auch als »rechts« verstehen. Um diese Strömungen auch öffentlich unterscheiden zu können, plädiert er dafür, diese jeweiligen Gruppierungen entsprechend ihres »Geschichtsbildes« zu differenzieren. Nach Weißmann könne man hieran nicht nur die neuen Konservativen von den alten Liberalkonservativen unterscheiden, sondern die Betonung des geschichtlichen Denkens fördere zugleich einen entschlossenen nationalen Konservatismus, der sich dadurch als rechts verstehen dürfe.⁸¹⁹

Das übergeordnete Ziel von Weißmann ist die Überwindung des »Interregnums«⁸²⁰, eine zeithistorische Phase, in der die Weichen neu gestellt werden können: Er zeigt sich tief enttäuscht von den Entwicklungen Anfang der 1990er Jahre, er ersehnt geradezu einen grundlegenden Bewusstseinswandel. Dieser könne nur erfolgen, wenn äußere Bedrohungsfaktoren in der »Gesamtsituation eine krisenhafte Zuspitzung«⁸²¹ erfahren würden. Die gesellschaftliche Ordnung könne demnach nur bewahrt werden, indem der Staat erneuert werde. Doch diese Erneuerung, so gibt Weißmann zu bedenken, könne nur mit einer neuen Generation gelingen, die durch eine neue »Avantgarde«⁸²² gebildet und angetrieben werde. Ganz im Sinne einer leninistischen Revolutionstheorie bedürfe es zur gesellschaftlichen Umgestaltung der Verhältnisse also gewisser Kaderstrukturen, die die Massen lenken und leiten

813 Vgl. Walkenhaus, Ralf: Armin Mohlers Denkstil, in: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 9/1997, S. 97–116, hier S. 106.

814 Adorno: *Metaphysik*, S. 34.

815 Weißmann: *Herausforderung und Entscheidung*, S. 309.

816 A. a. O., S. 311.

817 A. a. O., S. 326.

818 Vgl. Weißmann: *Rückruf in die Geschichte*, S. 75.

819 Weißmann, Karlheinz: Dennoch die Schwerter halten ... Zeitverständnis und Geschichtsdenken rechter politischer Weltanschauungen, in: Beismann, Volker; Klein, Markus Josef (Hg.): *Politische Lageanalyse. Festschrift für Hans-Joachim Arndt, Bruchsal 1993*, S. 397–407.

820 Weißmann: *Rückruf in die Geschichte*, S. 20.

821 Weißmann: *Ein paar einfache Wahrheiten*, S. 63.

822 Weißmann: *Rückruf in die Geschichte*, S. 20.

würden. Diese Avantgarde müsse aus »Gegenintellektuellen«⁸²³ bestehen, die eine »grundlegende intellektuelle und moralische Erneuerung« anstoßen würden, um die gesamte Generation neu zu prägen, erst danach könne eine »Um- und Neugründung des deutschen Staates erfolgen.«⁸²⁴ Er sieht hierfür günstige Gelegenheiten, denn mit der »großen Kehre, die sich seit 1989 vollzogen hat, entstand ein Impuls, der dazu führen kann, eine neue intellektuelle Formation zu bilden.«⁸²⁵ Diese »Gegenintellektuellen« müssten sich – ganz im kulturrevolutionären Sinn der 68er – als »neue Denkfamilie«⁸²⁶ aus unterschiedlichen »Gruppen junger Intellektueller« zusammenfinden, die von den »Jungkonservativen« und den »Nationalliberalen« bis zu den »Normalisierungsnationalisten« (wie Peter Glotz), »Einzelgängern« (wie Karl Heinz Bohrer) und den »Linksnationalisten« (wie Peter Brandt oder Tilman Fichter) reichen soll. Allein hieran ist schon ein tendenziell antiparlamentarisches Motiv zu erkennen, denn Weißmann geht es nicht mehr darum, politische Kräfte innerhalb einer Parteiformation zu sammeln oder eine neue Partei zu gründen, sondern er sucht eine Vernetzung im vorpolitischen, zumindest aber vorparlamentarischen, Raum. Die politische Großwetterlage, der gesellschaftskulturelle Umbruch und der Auftrieb wie die zunehmende öffentliche Akzeptanz jungkonservativer Positionen infolge des »Anschwellenden Bocksgesangs« begünstigen offenbar die Projektion einer sogenannten »89er-Generation«, wie oben bereits darlegt.

Auch Zitellmann nimmt dieses Aufbruchssignal wahr, denn »[d]er ernstzunehmende Beginn einer Gegenbewegung zu 1968 ist [...] auf das Jahr 1989 zu datieren. 1989 ist zum entscheidenden Datum einer neuen Generation geworden, deren politisches Denken vom Untergang des Sozialismus und der Renaissance des Nationalen geprägt ist.«⁸²⁷ Allerdings folgert Zitellmann hieraus teilweise andere politisch-praktische Konsequenzen, wie nachfolgend noch gezeigt wird. Die größten Übereinstimmungen zu Weißmann finden sich bei Schwilk. Wo Weißmann korporatistische und organisatorische Schlüsse zieht, stehen für Schwilk theoretische Fragen im Vordergrund. Für ihn zählen nur diejenigen, die »aus der Epochenäsur von 1989 intellektuelle und moralische Schlüsse gezogen haben [...] [Denn diejenigen, F. F.] entdecken die Freiheit des Denkens neu [...] [indem sie] Heideggers Existentialontologie, Carl Schmitts Staatsdenken und Ernst Jüngers Ästhetik des Wunderbaren«⁸²⁸ rezipieren. Schwilk sieht vor allem in Jünger eine Art geistiges Vorbild, um dem »Verlust von Werten und Bindungen die Moral der Kunst entgegenzusetzen«.⁸²⁹ Diese »89er« sind für ihn, wie er sie mit Schacht zusammen in der *Selbstbewussten Nation* stilisiert, eine »Solidargemeinschaft der Erkennenden [...] die bestrebt sind, den Verblendungszusammenhang der alten Republik zu durchbrechen«, und durch diese Intellektuellenformation werde eine »spirituelle Umkehr«⁸³⁰ eingeleitet, die sich bereits mit Botho Strauß angedeutet habe. Gleichzeitig

823 A. a. O., S. 191.

824 Ebd.

825 Weißmann: Herausforderung und Entscheidung, S. 324.

826 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 190.

827 Zitellmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 192.

828 Schwilk, Heimo: Geistlose Brandstifter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.01.1995, S. 34.

829 Schwilk, Heimo: Ernst Jünger und der Nihilismus, in: Die Welt, 26.03.1994, S. G1.

830 Schwilk/Schacht: Einleitung, S. 12.

betont Schwilk aber auch, dass nun auch die Geschichte – fast schon ins Metaphysische bzw. Geschichtsphilosophische abgleitend – »durch den historischen Prozeß«⁸³¹ wieder zu sich selbst finde. Damit steht für den Jünger-Epigon letztlich vor allem ein kultureller Veränderungsprozess im Vordergrund, der durch intellektuelle Kader angestoßen und vorangetrieben werden müsse. Zu diesen Protagonisten zählt Schwilk aber nicht nur Intellektuelle, sondern auch vereinzelte Kämpfer aus Organisationen, Vereinen und Parteien, zu denen er auch die Republikaner oder die DVU rechnet. Diese Gruppierungen würden, so Schwilks Revolutionstheorie, auf unterschiedlichen Ebenen agieren und durch die Agitation auch an Zahl zunehmen, denn das »Heillose der deutschen Zustände [...] stiftet gleichsam über Nacht Gemeinsamkeiten der Abwehr und der schmerzvoll-zornigen Insurrektion.«⁸³² Diese rechte Revolutionsromantik und dieser Wunsch offenbaren letztlich am deutlichsten den vitalistisch-aktivistischen Drang zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse, der sich aus Kulturpessimismus wie -hybris, Abscheu vor dem Hedonismus und einem apokalyptischem Denken speist. Nicht zuletzt zeigt sich an diesem Punkt auch die maßlose intellektuelle Selbstüberschätzung von Schwilk. Fritz Stern bezeichnete Intellektuelle der Weimarer Zeit mit solchen Ansichten einmal treffend als »kulturelle Maschinen-Stürmer«⁸³³, wie in Kapitel II.2 bereits erwähnt.

Bemerkenswert ist, dass die theoretische Auseinandersetzung mit dem Gehalt des Konservatismus auffallend umgangen wird. Zugespitzt formuliert: Für einen großen Teil des Lagers spielt sie in dieser Zeit überhaupt keine Rolle, lediglich Rohmoser bemüht sich um eine theoretische Reflexion, aber wie noch gezeigt wird, gehen die Positionen von Rohmoser und die der anderen Intellektuellen immer stärker auseinander. Schmidt kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass diese Verschiebung auf den Strategiewandel in dieser Strömung zurückzuführen sei. Während die Strategie der jungkonservativen und nationalrevolutionären Kreise – Schmidt nennt sie zusammenfassend Neurechte – in Anlehnung an die Nouvelle Droite um Alain de Benoist durch eine »metapolitische« Strategie geprägt gewesen sei,⁸³⁴ ändere sich die Taktik Anfang der 1990er Jahre. Aufgrund der Hoffnung, dass eine Möglichkeit bestehe, die staatliche und politische Souveränität in ihrem Sinne wiederherstellen zu können, denken die Vertreter der hier behandelten Strömung, so Schmidt, dass die politische Handlungsfähigkeit sich nicht mehr nur auf ein kulturevolutionäres Projekt konzentrieren dürfe, sondern sie müsse offensiv in diese Richtung agieren.⁸³⁵ In jungkonservativen Kreisen wird unmittelbar nach 1989 von einer souverän-nationalstaatlichen Machtpolitik geträumt. Die Deutungen der weltpolitischen Umbrüche führen zu einer theoretischen Fokussierung auf außenpolitische Dimensionen, wonach erst diese machtpolitischen Paradigmen auch die innenpolitischen Dimensionen bestimmen würden. Schmidt nennt dies einen »Wechsel von Gramsci zu Carl Schmitt«.⁸³⁶ Schrenck-Notzing gesteht selbst ein, dass er wie viele andere »Trost bei der Idee der Kulturrevolution« fand. Mit »bemerkenswertem Eifer stürzten sich die Konservativen in den siebziger und achtziger Jahren in die

831 Ebd.

832 A. a. O., S. 13.

833 Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr, S. 8.

834 Vgl. Benoist: Aus rechter Sicht.

835 Vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 38f.

836 A. a. O., S. 60.

kulturellen Scharmützel. Der Historikerstreit wurde ihnen bald wichtiger als der Golfkrieg.⁸³⁷ Doch mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung sei auch die »linke Hegemonie« gebrochen. Damit wird der Mauerfall in diesen Kreisen auch als innenpolitischer Aufbruch angesehen, womit sich überschwängliche Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel verbindet. Der *Crítico*n-Herausgeber ersehnt nichts Geringeres als einen »Wechsel der politischen Strukturen, der Mentalität der Leute und des kulturellen Klimas«⁸³⁸. Doch dieser Schlussfolgerung von Schmidt ist im Hinblick auf die hier behandelten Intellektuellen und deren dargestellte Positionen nur teilweise zuzustimmen. Zwar trifft der angedeutete zunehmende Aktivismus vor allem bei Schwilk und Weißmann durchaus zu, aber die Vorstellung, Politik auf kulturevolutionären Pfaden auch langfristig zu verändern, bleibt weiterhin bestehen. Deshalb handelt es sich eher um eine Akzentverlagerung, denn einen wirklichen Strategiewandel. Außerdem verfliegt diese Hoffnung schon nach wenigen Jahren wieder und bereits nach kurzer Zeit bleibt auch von dieser machtpolitischen Hybris, dass sich politische Kräfte zusammenfinden und den Staat außen- wie innenpolitisch neu strukturieren könnten, nicht mehr viel übrig. Aber in jedem Fall verstärkt der jungkonservative Auftrieb für kurze Zeit die Anziehungskraft in diesem Spektrum und verdrängt damit geradezu die Frage nach dem Wesen des Konservatismus.

Ab diesem Zeitpunkt, als sich unterschiedliche Strömungen in diesem Spektrum gegenseitig überlagern, beginnt der letztlich entscheidende Deutungskampf um den Konservatismusbegriff, der *mehr als nur eine semantische Auseinandersetzung* ist. Zwar gab es historisch betrachtet schon vorher beispielsweise in den 1950er oder 1970er Jahren einen Deutungsstreit unterschiedlicher Strömungen um den Konservatismusbegriff. Aber der Identifikationskern dessen, was eine Mehrheit in diesen konservativen Milieus damit jeweils verband, war selbstverständlich und unhinterfragt, speiste sich aus einer Mischung von Bürgerlichkeit, Frömmigkeit und Heimatverbundenheit. Doch spätestens in den 1990er Jahren ändert sich diese Situation, als diese Strukturdimensionen ihre gesamtgesellschaftlich-lebensweltliche Qualität einbüßen – und der Konservatismusbegriff vakant wird und seine milieugeprägte Selbstverständlichkeit erodiert. In diesem Moment, als gerade die CDU zugunsten von liberalen und marktwirtschaftlichen Paradigmen von diesem konservativen Identifikationskern tendenziell Abstand nimmt, beanspruchen diese rechtskonservativen, jungkonservativen und teilweise nationalliberalen wie nationalrevolutionären Kreise die Deutungshoheit über den Konservatismusbegriff. Sie bringen den Konservatismus dabei in Beziehung zum Begriff einer »Neuen Rechten«, setzen ihn damit gleich. In der *Selbstbewussten Nation* heißt es zum Auftrag an eine neue politische Positionsbestimmung: »Eine Neue Rechte, die sich irritationslos auf altbackene, überkommene, völkische, eben auf Prämissen aus der Blut- und Bodenromantik bezieht, kann auf die Dauer keine neuen Ufer und damit keinen Einfluß gewinnen.«⁸³⁹ Wie auch immer man diese Lagerbildung terminologisch fassen

837 Critilo: Editorial [122/1990].

838 Critilo: Editorial [136/1993].

839 Lange, Hartmut: Existenz und Moderne. Über Selbsterkenntnis als Solidarität, in: Schwilk, Heimo; Schacht, Ulrich (Hg.): Die selbstbewusste Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Frankfurt a.M. 1994, S. 432-443, hier S. 436f.

will, entscheidend ist für sie, dass sie sich vom »Rechtsextremismus« bzw. einer etablierten »alten Rechten« abgrenzt, zugleich aber auch zu einem vermeintlich moderaten bürgerlichem Konservatismus auf Abstand geht. Vielmehr soll ein neuer Konservatismusbegriff in diesem Lager geprägt werden. Zumindest kurzzeitig scheint dieser jung-konservative und nationalrevolutionäre Optimismus gerechtfertigt, denn im Zuge der Debatte um eine »deutsche Identität« sind ihre Positionen zumindest partiell öffentlich anschlussfähig, oder wie es Habermas ausdrückt: »Der ›Rückruf in die Geschichte‹ übt eine zähflüssige soziale Kontrolle aus und scheint selbst die zu erfassen, die mit nationalen Gefühlslagen nichts im Sinn haben.«⁸⁴⁰ Die Debatte über den Asylkompromiss 1992/1993, die mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts endet und damit auch die Frage nicht beantwortet, ob Deutschland ein »Einwanderungsland« sein soll, gibt Positionen, die für einen souveränen Nationalstaat mit ethnisch-kultureller Überformung eintreten, zumindest einen gewissen zusätzlichen Auftrieb. Das entsprechende Schlagwort in jenen Jahren für diesen neuen Nationalismus heißt »Normalisierung«.⁸⁴¹ »Normalisierung« meint hier die deutsche Einheit und die Rückkehr zur »Nationalstaatlichkeit«, dementsprechend seien die Bundesrepublik und die Spaltung in zwei deutsche Teilstaaten eine ahistorische Situation gewesen. Daher fragt Dieter Stein rhetorisch: »Wann werden wir normal?«⁸⁴². Zu dieser Sehnsucht nach »Normalisierung« gehört die Suche nach möglichen Traditionsbeständen, an die angeknüpft werden könne. Hierzu gehört auch die Tradition der preußisch-deutschen Nationalstaatlichkeit. Denn Stein gibt sich nun enttäuscht von der »Wiedervereinigung«: »Dieser Staat ist nicht in der Lage sich darzustellen, ein großes Ziel dem Volk emotional begreifbar zu machen, für eine nationale Aufgabe Freude zu wecken«⁸⁴³. Diese Erwartungshaltung an den Staat ist erstaunlich, denn sie widerspricht nicht nur der theoretischen Position von Weißmann, auf den sich Stein selbst gerne bezieht, der doch genau diese vermeintliche Unfähigkeit des Staates beklagt, weshalb er diesen »erneuern« will. Die rhetorische Floskel von »Wann werden wir normal?«⁸⁴⁴ verrät zugleich, dass es nicht nur um den Staat geht, sondern mit »wir« auch angedeutet wird, dass alle Deutschen an dieser nationalen Aufgabe arbeiten müssten. Dieser Grundwiderspruch bleibt bestehen und wird nicht weiter problematisiert oder auch nur präzisiert.

Die sich schon länger andeutende Trennung der verschiedenen Strömungen in diesem politischen Spektrum zeigt sich dann endgültig ab Anfang der 1990er Jahre in Fragen der politisch-praktischen Arbeit. Das Verhältnis zur Parteifrage und die Auseinandersetzungen um neue Organisationsformen belegen die inneren politisch-programmatischen Radikalisierungstendenzen. Indem aufgezeigt wird, welche Richtung der politische Kurs dieser Kreise einschlägt, werden auch die Grenzen offenkundig, die das Gros des konservativen Spektrums nicht mehr zu überschreiten bereit ist. Der Ausgangspunkt der Parteifrage ist dabei weiterhin wie in den 1980er Jahren das angespannte Verhältnis zur Christdemokratie. Auch wenn die Union kurzzeitig infolge der

840 Habermas, Jürgen: Aufgeklärte Ratlosigkeit, in: Frankfurter Rundschau, 30.12.1995, S. ZB4.

841 Vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik.

842 Stein, Dieter: Wann werden wir normal?, in: Junge Freiheit 7-8/1993, S. 1.

843 Ebd.

844 Ebd.

Wende und vor allem aufgrund des entschiedenen Handelns des Kanzlers in der Frage der deutsch-deutschen Vereinigung wieder als ernsthafte Parteipräferenz in diesem Lager diskutiert wird, steigt schon nach kurzer Zeit wieder der Missmut. Denn auch die innerparteilichen Versuche, das konservative Profil der Partei zu schärfen, wie etwa das von Claus Jäger initiierte sogenannte Deutschlandforum, scheitern schon nach kurzer Zeit wieder.⁸⁴⁵ Ende der 1980er Jahre waren die Republikaner noch so etwas wie der Hoffnungsträger, um eine konservative Partei rechts der Union aufzubauen. Für die rechtskonservativen Kreise hatten Parteiformationen wie die Republikaner letztlich zumeist das Ziel, auf lange Sicht die Christdemokratie wieder zu einem konservativen Kurs zurückzubringen. Doch bereits im Zuge der Vereinigung mehren sich nicht nur in der Zeitschrift *Criticón* offene Zweifel am Republikaner-Projekt. Auch in der *Jungen Freiheit* wächst der Unmut über die Republikaner. Als sich der politisch-programmatische Kurs der Partei durch den Machtverlust von Schönhuber ab 1992/1993 verschärft, wenden sich konservative Kreise wieder von ihr ab.

Das Verhältnis des Konservatismus zu Parteien war seit jeher angespannt. Aber in der Bundesrepublik gab es zumeist einen gewissen Ausgleich zwischen konservativen Basismentalitäten und den politischen Ansprüchen an Parteien. Dieses Verhältnis war schon zu Adenauers Zeiten nicht einfach, aber dennoch blieb die Christdemokratie auch danach zumeist zentraler Bezugspunkt. Ende der 1980er Jahre, spätestens dann endgültig Anfang der 1990er Jahre löst sich diese unterschwellige Bindung langsam auf. Ein Grund hierfür ist vor allem die steigende Parteienverdrossenheit in konservativen Kreisen. Die Kritik am Parteiensystem bleibt aber weiterhin ambivalent. Einerseits wird eine »Herrschaft des Parteienstaates«⁸⁴⁶ beklagt, womit sowohl eine Repräsentationskrise in Richtung Christdemokratie als auch allgemeiner eine Machtkonzentration ohne wirkliche Elitenherrschaft impliziert wird. Allerdings lässt diese Kritik am Parteienstaat weiterhin die Möglichkeit zur Veränderung bestehen, weil dessen mögliche »Unterwanderung«⁸⁴⁷ als Hoffnungsschimmer bleibt. Andererseits – und dies steht im krassen Widerspruch zur ersten Klage – wird an der Hoffnung festgehalten, eine neue Partei der Rechten gründen zu können.⁸⁴⁸ Weißmann plädierte bereits Ende der 1980er Jahre für die Notwendigkeit einer »neuen demokratischen Rechten«, die sich besonders auf die Leitthemen »nationale Identität«, »Wiedervereinigung«, »starker Staat« und »Lebensschutz« konzentrieren müsse.⁸⁴⁹ Die Republikaner waren für Weißmann aber bereits damals nicht die richtige Partei dafür. Auch die CDU sei nun endgültig nicht mehr Heimat des Konservatismus, weil sie »vom Wiederbeginn der Geschichte ebenso überrascht wie jeder politische Laie«⁸⁵⁰ gewesen sei, also bewiesen habe, dass sie kein Gespür für gesellschaftliche Veränderungen mehr besitze. Hierbei ist nicht nur diese Gleichsetzung von Konservatismus und der gesellschaftlichen Apperzeption bemerkenswert, wird dieser Gedanke doch von Weißmann ansonsten zumeist verworfen,

845 Vgl. Liebermann, Frank: Interview mit Claus Jäger: »Das Profil der Union schärft sich nicht mehr, vielmehr schleift es sich kontinuierlich ab«, in: *Junge Freiheit* 25/1994, S. 3.

846 Sohn: *Dandies, Anarchen, Partisanen*, S. 128.

847 Ebd.

848 Sohn, Gunnar: »Wir oder Weimar«, in: *Criticón* 141/1994, S. 5-6, hier S. 5.

849 Vgl. Weißmann: *Vom Nachteil der Parteien für das politische Leben*, S. 300.

850 Weißmann: *Rückruf in die Geschichte*, S. 49.

weil doch eine Avantgarde diese Leistung eigentlich erbringen solle. Er ist dabei in seiner Schlussfolgerung für das politisch-praktische Handeln widersprüchlich. Einerseits hält er an der Parteifrage fest, indem er nur die Christdemokratie als Wahl- und Parteioption ausschließt. Demgegenüber gebe es für die »heimatlosen Konservativen« auch eine Chance in der FDP, wenn die Partei im »Bündnis von Wirtschafts- und National-liberalen« zu einer »Partei des gesunden Menschenverstands« werde.⁸⁵¹ Andererseits verwirft er die Parteifrage prinzipiell. Weißmann beklagte schon Ende der 1980er Jahre, dass der Staat potenziell dadurch bedroht sei, dass er von den Parteien zersetzt werden könne, weil diese »im Körper von Gesellschaft und Staat wuchernde Metastasen bilden«⁸⁵². Die Krise des Parteienstaates wird damit fast schon zu einer grundlegenden Parteienablehnung, wenn nicht die »richtigen« Parteien im Parteienstaat regieren würden. Dieses Bild greift er selbst Anfang der 1990er Jahre erneut auf, denn nun »sind in das sich auflösende Gewebe des Staates Metastasen eingedrungen [...] in der Art, wie Partei-Interessen gegen staatliche durchgesetzt werden«⁸⁵³.

Aus dieser Parteienfrustration heraus wächst das Bedürfnis nach einem parteiunabhängigen Aktivismus. In diesem Zug verbindet sich nun offen die Anforderung an eine »Rekonstruktion des Konservatismus«, der selbst aktivistisch werden müsse, als eine »Rekonstruktion der intellektuellen Zirkel auf rechter oder konservativer Seite«⁸⁵⁴. Plädiert Kaltenbrunner Anfang der 1970er Jahre mit seiner Forderung nach einer »Rekonstruktion des Konservatismus«⁸⁵⁵ noch für einen selbstreflexiven, zurückhaltenden und theoretisch ausgerichteten Konservatismus, wird diese Forderung nun als Formel instrumentalisiert für einen Impuls zum Handeln. Dass dieses aktivistische Moment auftritt, ist wohl der Ausgangspunkt für die weitere geistige Radikalisierung. Denn wie sich an Bubik kurz darauf zeigt, tritt das selbstreflexive, abwägende, teilweise auch abwartende Moment hinter das aktivistische Moment zurück. Bubik definiert den Konservatismus um in einen »jungen Konservatismus«, denn erstens gebe es nun schon den »intellektuellen Anspruch«, auf dem der neue Konservatismus aufbauen könne, und zweitens habe dieser nun die Basis für eine »kulturelle Revolution«. An diesem Punkt kommt dann die sogenannte »konservative Revolution« als Vorbild hinzu⁸⁵⁶, worauf später noch ausführlicher eingegangen wird. Dieser Drang zum Aktivismus hängt aber nicht nur mit der politisch-praktischen Frustration in der Parteifrage zusammen, sondern auch mit dem Generationenkonflikt und -wechsel innerhalb des Lagers. Vor allem die jungen Aktivisten in diesen Reihen hoffen auf eine politisch-praktische Ausrichtung. Bereits Ende des Jahres 1990 suchten kleinere Zirkel eine Vernetzung dieser Teilströmungen, als die *Junge Freiheit* in Koblenz den »Initiativkongress Deutschland 90« organisiert. Das Ziel ist dabei, wie *Criticón* berichtet, die »Effektivitätssteigerung«

851 Vgl. Weißmann, Karlheinz: Programmpartei – Funktionspartei – Sammelbewegung? Die FDP zwischen Paralyse und Neuanfang, in: *Criticón* 149/1996, S. 19–23, hier S. 23.

852 Weißmann: Vom Nachteil der Parteien für das politische Leben, S. 300.

853 Weißmann: Ein paar einfache Wahrheiten, S. 63.

854 Redlich, Fritz: Rekonstruktion des Konservatismus, in: *Junge Freiheit* 3/1992, S. 2.

855 Vgl. Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1973.

856 Vgl. Bubik, Roland: Der Standort des Jungen Konservatismus, in: *Junge Freiheit* 12–1/1992, S. 13.

der »nichtlinken außerparlamentarischen Opposition«.⁸⁵⁷ Doch diese Vernetzung zeigt kaum einen Effekt.

Erst als sich die Kräfteverhältnisse innerhalb dieses Spektrums verlagern, weil die Euphorie über die Vereinigung verfliegt und die tradierten Parteiformationen nicht den von konservativer Seite erhofften Wandel voranbringen, erzielt die Forderung nach einer eigenständigen konservativen Sammlung eine gewisse Resonanz. Weißmann hatte schon unmittelbar nach den Ereignissen 1989 eine »konservative Basisbewegung« gefordert, die »innerhalb und außerhalb des parlamentarischen Raumes agieren muß«⁸⁵⁸, damit aber wenig Anklang gefunden. Doch nur wenige Jahre später verschärft sich dieser Kurs. Schrenck-Notzing fordert bezeichnend: »Das Wiedereintrücken der deutschen Rechten in eine historisch legitimierte Position ist eine unvermeidliche Folge der Wiedervereinigung.«⁸⁵⁹ Und Bubik fordert eine »Emanzipation der Konservativen« von den tradierten Organisations- und Parteiformationen, stattdessen müsse eine »intellektuell geführte, massenorientierte konservative Kraft«⁸⁶⁰ angestrebt werden. Dieser Impuls wird die nachfolgenden Strategiedebatten bestimmen. Er wird gewissermaßen zum Ausgangspunkt aller weiteren politisch-praktischen Fragen. Weißmann stilisiert dieses Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Aktivismus mit dem Argument des Zeitgeistes: »Schon mit der Öffnung der Mauer und infolge der deutschen Hysterie während des Golf-Krieges entstand ein ›Meinungslager‹, das mit den ›Westlern‹ ebensowenig gemein hat wie mit den ›Achtundsechzigern‹ oder mit den älteren Positionen der ›Weimar- oder der ›Potsdam-Deutschen‹.«⁸⁶¹ Dieses neue »Meinungslager« sei nun die neue kulturelle und politische Avantgarde.⁸⁶² Ganz ähnlich sieht auch Schwilk nur noch in einer »rechtskonservativen Bewegung«⁸⁶³ die Möglichkeit für einen gesellschaftlichen Wandel. Vordergründig distanziert er sich hierbei von rechtsradikalen Kräften, die er teilweise auch selbst die »Neuen Rechten«⁸⁶⁴ nennt. Aber zugleich setzt er diese auch intentional gleich mit der aus seiner Sicht notwendigen »neue[n], demokratische[n] Rechten« für den »moderne[n] Konservative[n]«⁸⁶⁵ und dabei nutzt er den Begriff der »Neuen Rechten« an anderer Stelle auch zur Eigenbezeichnung.⁸⁶⁶

857 O. V.: Das blaue Brett: Initiativkongreß Deutschland ›90, in: Criticón 122/1990, S. 304.

858 Weißmann: Die konservative Option, S. 133.

859 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: Criticón 125/1991, S. 103.

860 Bubik, Roland: Emanzipation der Konservativen, in: Junge Freiheit 1-2/1992, S. 1.

861 Weißmann: Herausforderung und Entscheidung, S. 324.

862 Vor allem die *Junge Freiheit* greift diesen Impuls auf: Dieter Stein spitzt diese Strategie dahingehend zu: »Inzwischen scheint sich diese Erkenntnis wieder durchzusetzen, daß das Zentrum nicht eine Partei sein kann, sondern ein vielfältiges politisches, kulturelles und publizistisches ›Kapillarsystem‹ (Weißmann), durch das konservative Vorstellungen in breitere Schichten sickern können. Eine Partei, die sich als konservativ versteht, wäre diesem Vorfeld nicht überzustülpen, sondern diesem als parlamentarischer Arm unterzuordnen.« (Stein, Dieter: Niederwerfung der Konservativen, in: Junge Freiheit 4/1992, S. 2).

863 Schwilk, Heimo: Rechte Demokraten. Oder: Wer sind die 89er?, in: Schacht, Ulrich; Schwilk, Heimo: Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989, München 1997, S. 211-225, hier S. 213.

864 A. a. O., S. 217.

865 Ebd.

866 Vgl. a.a.O., S. 220.

Dieser zunehmende Aktivismus wird im konservativen Lager kaum offen kritisiert. Als einer der wenigen stellt sich Rohrmoser gegen solche aktionistisch-politischen Organisationsversuche, die von vornherein zum Scheitern oder zur Selbstaufgabe des konservativen Kerns führen würden. Demgegenüber plädiert der Sozialphilosoph für eine tieferliegende theoretisch-philosophische Reflexion der Gegenwart.⁸⁶⁷ Denn schließlich sei es die große Lehre des deutschen Idealismus, dass sich die Moderne immer in einer Krise befinde, denn Krisenphänomene habe es in der Moderne »immer gegeben«⁸⁶⁸. Entscheidend sei von einem philosophischen Standpunkt aus also, wie dieser innere Widerspruch zwar nicht aufgelöst, immerhin aber in seinen Folgen abgemildert werden könne. Und diese Kompensationsfunktion schreibt Rohrmoser auf einer politisch-praktischen Ebene weiterhin der Christdemokratie zu, die dafür allerdings eine stärkere kulturelle Vernetzung benötige.

Der Grundimpuls für Zitelmann ist in diesem Zusammenhang die Kritik am gegenwärtigen Konservatismus bzw. an den etablierten Konservativen, weil sie erstens nichts gegen die aus seiner Sicht fehlerhaften linksliberalen gesellschaftlichen Prozesse unternommen hätten und weil zweitens »Konservative wie Konrad Adenauer, die vom Mißtrauen gegen das eigene Volk und die eigene Nation gelehrt waren«⁸⁶⁹ schließlich an diesen Prozessen auch noch eine Mitschuld trügen. Die gegenwärtige Form des Konservatismus sei lediglich eine Nachgeburt des »Nachkriegs-Liberalkonservatismus«⁸⁷⁰ und damit kein genuiner Konservatismus, sondern eine »Variante des Liberalismus«⁸⁷¹. Denn der sich solchermaßen verstehende »Konservative« habe sich bereits dermaßen der liberalen Öffentlichkeit angepasst, dass er stets die »Beteuerung, daß man ja ›keineswegs rechts‹ sei«⁸⁷² vor sich hertragen müsse. Für Zitelmann unterminiere dieses »Spiel«⁸⁷³ das für den politischen Kampf notwendige Selbstbewusstsein und daher fordert er die »Überwindung, sich selbst als ›rechts‹ zu bezeichnen.«⁸⁷⁴ In diesem Sinne zeigt sich für Zitelmann das aktionistisch-nonkonformistische Moment, das letztlich für ihn offenbar über den politischen Inhalten an sich steht, darin, dass das Entscheidende im politischen Kampf vor allem sei, sich gegen »Leisetreterei, Duckmäusertum und Anpassung«⁸⁷⁵ zu stellen. Ausgangspunkt für Zitelmanns Positionsbestimmung ist schließlich gerade nicht die Unterscheidung von »konservativ« und »rechts«, sondern die aus seiner Sicht notwendige Differenzierung zwischen »konservativ« und »reaktionär«.⁸⁷⁶ In diese Scheidelinie möchte er dann im Anschluss den politischen »Standort« rechts platzieren: Denn der Begriff »konservativ« hat für Zitelmann seine provokative Attraktivität eingebüßt, wenn er lediglich »nur als Synonym für ›Ewiggestrig‹ gilt.«⁸⁷⁷

867 Vgl. Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 344.

868 A. a. O., S. 393.

869 Zitelmann: Position und Begriff, S. 175.

870 A. a. O., S. 178.

871 A. a. O., S. 171.

872 A. a. O., S. 164.

873 Ebd.

874 Ebd.

875 Zitelmann, Rainer: Wohin treibt unsere Republik?, 2. erweiterte Auflage, Frankfurt a.M. 1995, S. 205.

876 Vgl. Zitelmann: Position und Begriff, S. 170.

877 Ebd.

Die Rehabilitierung des Begriffs »rechts« dient Zitelmann damit als Vorstoß für die Erweiterung eines pluralistischen Spektrums, denn erst durch dieses erweiterte Spektrum könnten die Nuancen zwischen »konservativ«, »rechts«, »reaktionär« und »rechts-extrem« wieder sichtbar werden. »Wenn es keine demokratischen Rechte mehr gibt, wird der Begriff – aber auch der Ort – von einer extremen Rechten besetzt.«⁸⁷⁸ Die Folge wäre, dass es im pluralistischen Meinungs- und Parteienspektrum sonst lediglich noch eine »Ghetto-Rechte« gebe, die sich nur noch reflexartig auf den politischen Gegner konzentriere und dadurch radikalisiere.⁸⁷⁹ Als Beispiel hierfür nennt er ausdrücklich Hans-Dietrich Sander, der auch aufgrund dieser strukturellen Problemlage kein Konservativer mehr sei. Zitelmann möchte aber aus genau dieser Logik ausbrechen, indem er sich mit seiner Idee einer »demokratischen Rechten« gegen die von ihm eindeutig identifizierten Verursacher wendet: Für Zitelmann ist dies eine Folge der »Domestizierung« und »Liberalisierung der Liberalkonservativen«⁸⁸⁰. Zitelmann fordert einen intellektuellen Widerstand gegen den Zeitgeist. Diesen kritisiert er als einen linksliberalen, der mit den Mitteln der Politischen Korrektheit seine eigenen Diskursregeln schaffe, um seine politischen Gegner auszugrenzen. Gegen diese Art von Zeitgeist müsse sich, so fordert Zitelmann, ein intellektueller Widerstand regen. Bevor man sich geistig und organisatorisch dagegen wehren könne, müsse ein entschlossenes Zeichen dagegen gesetzt werden, erst solcher Widerstand durch Einzelpersonen oder Gruppen könnte eine Mobilisierung überhaupt anregen. Zu Vorbildern stilisiert Zitelmann daraufhin etwa den »Bund Freiheit der Wissenschaft« oder Gerhard Löwenthal, die sich »gegen den Zeitgeist«⁸⁸¹ gestellt hätten. Orientiert an diesen Vorbildern sei die einzige Möglichkeit zur politischen Organisation und damit zusammenhängend zur geistigen Erneuerung auch des Konservatismus der entschlossene und provozierende Widerstand von einzelnen Personen in der Öffentlichkeit: »Dennoch sollten die Konservativen selbstkritisch feststellen, daß sie es insgesamt nicht vermochten, den Trend aufzuhalten oder gar umzukehren. Feigheit und Zurückweichen vor dem Ansturm der linken Ideologien waren weitaus häufiger anzutreffen als mutiges oder gar solidarisches Entgegenhalten.«⁸⁸² Zumindest hier deutet sich bei Zitelmann noch an, dass er durchaus gewisse Hoffnungen in die CDU hegt, aber nur, wenn diese »in den eigenen Reihen glaubwürdige Persönlichkeiten« fördern würde, die für einen »»dritten Weg« eines modernen, kritischen und *national* orientierten Konservatismus stehen.«⁸⁸³

Letztlich schwankt Zitelmann in seinen Urteilen über die politisch-praktische Arbeit. Er will zunächst weder die Union noch die Republikaner⁸⁸⁴ oder die FDP unter-

878 A. a. O., S. 171.

879 Diese »Ghetto-Rechten« sind für Zitelmann (a.a.O., S. 172) eindeutig »antidemokratisch«.

880 A. a. O., S. 171.

881 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 63.

882 Ebd.

883 A. a. O., S. 95 (Herv. F. F.).

884 In der *Zeitschrift für Politik* wirft Zitelmann allen Parteien – auch den Republikanern – vor, dass sie die zentrale Bedeutung der Thematik der »nationalen Identität« in der Gesellschaft verkennen und dieses Bedürfnis nicht befriedigen würden, Zitelmann, Rainer: Die Republikaner: »Nazis«, »Rechtsextremisten«, »Populisten«? Neuerscheinungen zu einem aktuellen Thema, in: *Zeitschrift für Politik* Jg. 36 (1989) H. 4, S. 410–421.

stützen, lehnt es auch ab, der neuen Partei BFB (Bund Freier Bürger) beizutreten.⁸⁸⁵ Sein Ausgangspunkt ist die partielle Bewunderung der 68er-Bewegung und der Neuen Linken für ihren kulturrevolutionären Marsch durch die Institutionen. Aus dieser Affinität heraus plädiert er für eine sogenannte demokratische Rechte. Die »sich herausbildende demokratische Rechte wird nur dann Erfolg haben, wenn sie der Offensive der Linken mit einer Gegenoffensive begegnet.«⁸⁸⁶ An anderer Stelle heißt es zugleich, indem er geradezu bewundernd über die »68er« und deren Hineinwachsen in den Staat schreibt: »Zunächst entstanden diese Ideen in kleinen intellektuellen Zirkeln, später fanden sie massenhafte Verbreitung an Universitäten und Schulen, schließlich erreichten sie auch etablierte Institutionen des Staates und selbst der Wirtschaft. Und so ist evident, daß der Prozess nur in der gleichen Reihenfolge wieder umgekehrt werden kann.«⁸⁸⁷ Zum einen nimmt Zitelmann also Anleihen bei linken Strategien, zum anderen meint er, dass dieser Prozess, darauf deutet zumindest der nachgeschobene Satz hin, rückgängig gemacht, weil »umgekehrt« werden, könne. An diesem Punkt fällt er hinter seine eigenen Prämissen zurück, denn zuvor vertrat er noch die Position, dass das Bewusstsein der Bevölkerung nicht einfach von heute auf morgen verändert werden könne, weil das kulturelle Gewebe träge wirke und sich nur langfristig ändere. Nun fordert er aber eine politische Veränderung, die die gesamte Entwicklung, von den politischen Kräften und Kadern über die Staatswerdung dieser Bewegung (»staatstragende 68er«, Knut Nevermann zitierend⁸⁸⁸) bis zu den neuen »Werthaltungen«⁸⁸⁹, »umkehren« solle. Diese Veränderung müsse über drei Schritte erfolgen: Erstens müsse sich auf dem »Feld der intellektuellen Debatte« eine neue Front bilden, zweitens müsse darauf aufbauend sich im Medienbereich ein Wandel abzeichnen, Journalisten und Medien müssten »neue Begriffe und Inhalte« prägen und dann würde sich drittens das »Bewußtsein der Medienkonsumenten« ändern, sodass sich entweder das Verhalten der Parteien ändere oder die Basis für eine neue Partei geschaffen werde.⁸⁹⁰ Und dann würde sich entsprechend des Zitelmann'schen Entwicklungsplans viertens auch nach der geistigen Auseinandersetzung das gesellschaftliche Bewusstsein verändern. Spätestens hier zeigt sich auch bei ihm eine gewisse geistige Arroganz bzw. eine maßlose Überschätzung der eigenen Rolle, denn die Chancen für diesen Revolutionsplan sieht der notorische Nonkonformist noch 1994 als äußerst vielversprechend: »Die intellektuelle Rechte befindet sich im Moment in der dritten Stufe, in der sie bekämpft wird.«⁸⁹¹ Doch welche Aufgaben und Funktionen weist Zitelmann einer solchen Partei zu? Das politisch mobilisierende »zentrale[n] Thema«⁸⁹² sei in jedem Fall die »innere Sicherheit«, die sich schon bald öffentlich rehabilitiere. Denn die Aufgabe einer solchen Gruppierung sei es, »Garant und stärkster Fürsprecher« einer »rechtsstaatlichen Gesinnung« zu sein, um öffentlich »darauf zu achten, daß Verfassungsschutz und Justiz

885 Zitelmann: Wenn du nicht mehr brennst, starte neu, S. 116.

886 Zitelmann: Position und Begriff, S. 178.

887 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 40.

888 A. a. O., S. 37.

889 A. a. O., S. 39.

890 A. a. O., S. 183.

891 A. a. O., S. 194.

892 Zitelmann: Position und Begriff, S. 174.

nicht unter dem Druck der öffentlichen Meinung oder gemäß politischen Vorgaben auf dem linken Auge erblinden.«⁸⁹³ Doch diese Positionsbestimmung läuft letztlich lediglich auf eine *law-and-order*-Strategie einzelner politischer Aktivisten hinaus, ohne dass zentrale Fragen weiter diskutiert würden.⁸⁹⁴ Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die Forderung nach einer »demokratischen Rechten« als Luftschloss. Denn zwar verbindet Zitelmann damit den Anspruch, dass sich eine Intellektuellenbewegung formiere, die weniger Theoriearbeit im Sinne der Linken leiste, sondern konkret-praktische Antworten formuliere, aber darüberhinausgehende Konkretisierungen oder genauere Vorstellungen über den Modus solcher Initiativen bleiben weitgehend im Dunkeln. Denn nicht zuletzt bleiben die Andeutungen vage, ob er mit einer »demokratischen Rechten« eigentlich die Gründung einer neuen Partei oder eine Beeinflussung der bürgerlichen Parteien der Union und der FDP meint. Auch daher erklärt sich die unterschiedliche Rezeption dieses Vorstoßes. Während vor allem in der Retrospektive dieser Versuch als Ausdruck einer »Neuen Rechten« in Organisationsform gedeutet wird, spricht zeitgenössisch etwa Eckhard Jesse von einem moderaten Impuls innerhalb eines gewährten Pluralismus: »Das Neuartige ist also weniger eine Erosion der Abgrenzung nach rechts-außen [sic!] als vielmehr die Existenz einer prinzipiell demokratischen Rechten im intellektuellen Milieu, zumal in der jüngeren Generation.«⁸⁹⁵ Es ist dann ausgerechnet Ernst Nolte, der öffentlich den Vorstoß von Zitelmann kritisiert. Wie schon im Historikerstreit argumentiert er streng historisch-phänomenologisch. Für Nolte ist es kein Wert an sich, eine neue »demokratische« Rechte zu organisieren, sondern es komme auf ihr relationales Verhältnis zum politischen Gegner an. Denn Nolte folgert aus einer historischen Betrachtung der politischen Kämpfe, dass nicht eine politische Kraft allein – unabhängig davon, ob »rechts« oder »links« – ihre Ziele durchsetzen dürfe, sondern nur im wechselseitigen Austausch durch die Auseinandersetzung beider Lager könne ein demokratischer Mehrwert entstehen: »Wie bisher stets in der Geschichte, hätte eine erfolgreiche Rechte die wichtigsten Züge der Linken ihres Überschwangs entkleidet und in sich aufgenommen. Aber automatisch oder zwangsläufig kann der Prozeß nicht sein. Als Alternative steht ihm nicht nur die uneingeschränkte, aber mit Sicherheit zu neuen Konflikten führende Vorherrschaft der verschiedenen Versionen der Linken gegenüber, sondern auch das mögliche Aufkommen einer extremen Rechten.«⁸⁹⁶ Trotz der totalitarismustheoretischen Implikationen und der unentwegten Perhorreszenzen und Feindbildkonstruktionen einer »Linken« betont Nolte an dieser Stelle zumindest einen demokratietheoretisch schon (oder: noch) verträglichen Grenzwert für die politische Beurteilung. Was bei Zitelmann zu diesem Zeitpunkt Anfang 1994 noch fehlt, ist eine erkennbare Distanzierung und Unterscheidungsmöglichkeit zwischen seinem vermeintlich neuen »rechts«-Verständnis und dem tradierten Verständnis des politischen Lagers rechts der Mitte. Erst in einer erweiterten Neuauflage seines Buches *Wohin treibt unsere Republik* von 1995 betont er, dass sich diese »demokratische Rechte« im Kampf um

893 Ebd.

894 Die wenigen Ausführungen beziehen sich nur vage auf eine Analogie zum Erfolg der »68er«. Denn diese Bewegung sei »in den kleinen Zirkeln von Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern« entstanden, die den Erfolg »geistig vorbereitet« hätten (a.a.O., S. 178).

895 Jesse: Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus?, S. 523.

896 Nolte: Links und Rechts, S. 161.

die »geistige Freiheit« entschieden auch von jenen »rechten Kräften« deutlich abgrenzen müsse, »die im ›Liberalismus‹ den Hauptfeind sehen.«⁸⁹⁷ Doch diese postulierte Abgrenzung erfolgt erst zu einem Zeitpunkt, als die vermeintlichen Chancen anders als etwa 1993 oder 1994 schon gesellschaftlich im Schwinden begriffen sind, und zugleich bleibt diese eingeforderte Differenzierung im luftleeren Raum, denn weder konkretisiert Zitelmann diese Unterscheidung noch folgen auch für ihn daraus praktische Konsequenzen.

Die Parteifrage und die Organisationsversuche führen im Spektrum zu weitreichenden Ausdifferenzierungen. Ein Teil des Lagers um *Criticón* möchte sich gerade nicht vom Parteienkurs abwenden, sucht daher entweder wie Rohrmoser neue Anknüpfungspunkte mit der Union oder aber sucht nach der Enttäuschung über die Republikaner neue Kooperationen wie mit dem 1994 gegründeten Bund Freier Bürger (BFB) des ehemaligen FDP-Funktionärs Manfred Brunner. Denn gewissermaßen quer zu dieser Parteifrage liegt die neuerliche Debatte um Vernetzungen von jungkonservativen, nationalrevolutionären und nationalliberalen Kreisen, wie es vor allem Zitelmann voranbringen will. Denn er zieht Mitte der 1990er Jahre sein eigenes Projekt zurück und engagiert sich kurzzeitig innerhalb der nationalliberalen Kräfte in der Berliner FDP, gesteht damit also das Scheitern selbst ein. Sein Eintritt in die FDP muss augenscheinlich für Verwunderung im Lager rechts der Mitte gesorgt haben, denn dessen Parteieintritt wird als politische Schlagzeile in der *Jungen Freiheit* auf der ersten Seite behandelt.⁸⁹⁸ Schwilk zweifelt nicht nur an Zitelmanns Organisationsversuchen, denn eine Parteieugründung einer vagen »neuen demokratischen Rechten« habe unter den derzeitigen Bedingungen keine reellen Chancen, sondern er kritisiert auch die Vorstellung, dass die FDP bundespolitisch auf einen nationalliberalen Kurs gebracht werden könne, um somit eine für bürgerlich-konservative Kreise wählbare Alternative zu werden. Aber zugleich könne sich, dies deutet Schwilk zumindest an, eine Chance für eine Parteigründung schnell ändern, falls Kohl weiter im Amt bleibe, es zu einer Großen Koalition oder einem »Volksfront-Bündnis«⁸⁹⁹ einer rot-grünen Regierung kommen sollte. Denn dann würde sich der Verdross verstärken, sodass ein konservatives Projekt Erfolg haben könnte. Doch schon ein Jahr später verwirft auch er wiederum diese Hoffnungen, eine neue Partei habe keine Profilierungschancen mehr.⁹⁰⁰ Damit bleibt Schwilk letztlich nur noch der inhaltsleere Appell an die bürgerliche CDU-FDP-Koalition für eine »nationale Wende« und ein stärker national ausgerichtetes Denken, womit er aber seinem eigenen Ausgangspunkt der Kritik Anfang der 1990er Jahre widerspricht.

Hieran zeigt sich im Kern eine spezifische Ausprägung des Dilemmas des deutschen Konservatismus und seiner Widerspiegelung in der Parteipolitik: Der Minimalkonsens über den Inhalt des Konservatismus reicht nicht aus, um einen Identifikationskern zu bilden, der aus sich heraus eine politische Kraft schaffen könne. Dafür

897 Zitelmann: *Wohin treibt unsere Republik?*, 2. erweiterte Auflage, S. 205.

898 Vgl. o. V.: Rainer Zitelmann neuestes Mitglied der Berliner FDP, in: *Junge Freiheit* 33/1994, S. 1.

899 Schwilk: *Rechte Demokraten*, S. 225.

900 Schwilk, Heimo: Von der Bonner zur Berliner Republik. Plädoyer für eine nationale Wende in Deutschland, in: Schacht, Ulrich; Schwilk, Heimo: *Für eine Berliner Republik*. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989, München 1997, S. 244-250, hier S. 250.

bedarf es vielmehr der Integrationskräfte durch die gemeinsame Abgrenzung vom politischen Gegner. Doch diese Kräfte sind zumeist gerade dann erst ausreichend, wenn der Moment des gemeinsamen Konsenses über inhaltliche Dimensionen schon überschritten ist. Martin Greiffenhagen, der die Formel vom »Dilemma« geprägt hat, betont daher die strukturelle Verspätung dieser Reflexion, weil erst das sich im Auflösen Befindende als gesellschaftlicher Wert – als das Bewahrenswerte – wahrgenommen werde. Dieses Muster findet sich auch in der Parteifrage wieder: Als die Christdemokratie sich strukturell schon liberalisiert, lediglich noch an der Oberfläche qua Personalpolitik eine konservative Profilierung anstrebt, werden auf der einen Seite Rufe nach einem konservativeren Kurs wieder lauter, ohne dass diese Forderungen inhaltliche Substanz haben oder politisch vorbereitet werden. Auf der anderen Seite unterstützen die konservativen Kreise Parteiformationen rechts der Union nur insofern, als sie sich selbst etwas davon versprechen, wie ihre theoretischen Vorstellungen umgesetzt werden können, sodass im Umkehrschluss an den Republikanern wieder einmal die Crux des Konservatismus zum Vorschein kommt, nämlich dass der konservative Kurs der Partei relativ schnell umschlägt in ein rechtsradikales Projekt. Dieser Exkurs lässt zwei Beobachtungen zu: Erstens scheinen diese konservativen Intellektuellen prinzipiell unglücklich und zweitens parteipolitisch kaum zu befriedigen zu sein, denn so gut wie kein politisch praktisches Assoziationsprojekt findet die notwendige Anerkennung vonseiten der konservativen Theorie, geschweige denn genügend praktische Unterstützung. Dies lässt zumindest für die hier untersuchten Intellektuellen den Schluss zu, dass das elegische Verhältnis der Konservativen zur Politik auch das Sensorium des Konservatismus für die Realpolitik beeinträchtigt hat, was doch von jeher eine dem Konservativen eigene Stärke von Benjamin Disraeli bis Konrad Adenauer war.

Die politisch-programmatischen Verschärfungstendenzen drücken sich auch in der theoretischen Auseinandersetzung mit politischen Fragen aus. Die Entwicklung in Fragen von Theorie und Praxis dürfen nicht eindimensional gedacht werden. Vielmehr bedingen sich diese gegenseitig, stoßen sich wechselseitig in diesem soziokulturellen Zeitfenster Anfang der 1990er Jahre in eine bestimmte politische Richtung an. Die theoretische Debatte über aktuelle Entwicklungen verhärtet sich in dieser Phase zunehmend. Nachfolgend wird die These vertreten, dass sich die Protagonisten in Fragen aktueller Entwicklungen auf altbekannte konservative Krisendiagnosen (wie Ernstfall, Primat des Politischen und Dezisionismus) zurückziehen – ohne diese Aspekte allerdings an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Dadurch verlieren sich die Klagen über gesellschaftliche Entwicklungen in einer demonstrativen Gegen-Haltung, indem das aktivistische Moment letztlich über theoretischen Fragen steht. Es wird gezeigt, dass diese theoretische Auseinandersetzung vor allem ein bloßes Erinnern und oberflächliches Anknüpfen an alte Theoriestränge ist und keine eigenständige Theoriearbeit darstellt, sondern sich in einer Gegenkultur verliert.

Habermas zeigt sich nach der Wende geradezu verwundert, dass mit 1989 eine »erneute Aktualität«⁹⁰¹ von Carl Schmitt für die politische Geistesgeschichte und für die politischen Debatten insgesamt ausgeht. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass diejenigen Intellektuellen im konservativen Spektrum wortmächtig sind – und wie Dirk

901 Habermas: Die Normalität einer Berliner Republik, S. 120.

von Laak belegt hat: auch darüber hinaus –, die in den 1970er und 1980er Jahren maßgeblich von Schmitt geprägt waren.⁹⁰² Diese Person ist aber vor allem eine Art Monstranz und ein Sinnbild, das die jungen Konservativen vor sich hertragen können, denn in den Schriften des berühmten Staatsrechtlers finden sie für sich Antworten auf die geistesgeschichtliche Lage nach 1989. Und zugleich scheinen diese Gedanken für kurze Zeit gewisse Positionen intellektuell zu veredeln, die sich in größeren Teilen der Gesellschaft sowieso offenbaren, sonst wäre wohl kaum ein solch publizistischer Erfolg möglich gewesen. Hierbei sind es vor allem zwei Diskursstränge, die beispielhaft für die Entwicklung der theoretischen Debatten in diesem politischen Lager stehen: Der sogenannte Ernstfall und der Primat des Politischen. Nicht zufällig sind beide Stichwörter zentrale Theoriebausteine aus dem Werk von Schmitt. Doch zugleich verrät der Rückbezug auf diese geistesgeschichtliche Traditionslinie in Verbindung mit der inhaltlich-verkürzten Wiedergabe einiges über das instrumentelle Verhältnis von Theorie und Praxis.

Die Debatten in der Zeitschrift *Criticón*, aber auch in der *Jungen Freiheit*, sind Anfang der 1990er Jahre durchtränkt von der Ernstfall-Rhetorik.⁹⁰³ Besonders von Schmitt geprägt, ist der »Ernstfall« seit den Debatten in der Weimarer Zeit das Antonym zur staatlich-gesellschaftlichen Ordnung. Er bezeichnet die Sorge um die innerstaatlichen Abwehrkräfte in einer geschichtlichen Ausnahmesituation. Doch anders als ähnliche Fragestellungen der Vertragstheoretiker seit Hobbes oder Locke diene die Ernstfall-Rhetorik dem Konservatismus stets auch als autoritäre Mobilisierung. Der »Ernstfall«-Diskurs, der besonders Ende der 1970er Jahre in den konservativen Reihen geführt wird, orientiert sich noch strikt an Schmittschen Begriffen und Vorstellungen.⁹⁰⁴ Demnach sei der Ernstfall zugleich »Testfall der Souveränität« und »Selbstbestätigung der Nation«, denn »[i]m Bewußtsein des Ernstfalls zeigt sich, ob die Nation diese Bestätigung zu leisten vermag.«⁹⁰⁵ Damit ist die »Ernstfall«-Floskel primär eine theoretisch-hypothetische Frage, um einerseits die eigenen Positionen theoretisch zu überprüfen und Bestände vermeintlich illusionslos zu sichten, um andererseits aber dadurch zugleich auch die anderen Strömungen im eigenen politischen Lager offen zu kritisieren. Jedenfalls ist dieser »Ernstfall« in jenen Jahren noch nicht gesetzt⁹⁰⁶, sondern lediglich ein Diskurs über die potenzielle Gefahr der mangelnden inneren Verfasstheit und der eigenen theoretischen Selbstverständigung. Die Debatte Anfang der 1990er Jahre unterscheidet sich demgegenüber grundlegend. Denn nach der Vereinigung und der anfänglichen Euphorie wird die Bundesrepublik *an sich* zum Ernstfall erklärt. Damit ist der Ernstfalldiskurs kein rein theoretisch-spekulativer mehr, sondern der Ernstfall ist eingetroffen. Weil sich in dieser Perspektive die innere Verfasstheit von Staat, Gesellschaft und Ordnung im Ernstfall befinde, müsse politisch praktisch etwas zum

902 Vgl. Laak, Dirk van: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993.

903 Vgl. exemplarisch Sohn, Gunnar: Der Ernstfall in Plettenberg, in: *Criticón* 123/1991, S. 31; Blumenwitz, Dieter: Die Regelung des Ernstfalls, in: *Junge Freiheit* 12/1993, S. 11.

904 Zur Ernstfall-Debatte der 1970er Jahre, vgl. Finkbeiner: Schicksalsjahre des Konservatismus, S. 167ff.

905 Altmann, Rüdiger: Vorüberlegungen zum Ernstfall, in: Preisl, Anton; Mohler, Armin (Hg.): *Der Ernstfall*, Frankfurt a.M. 1979, S. 7-19, hier S. 11.

906 A. a. O., S. 7.

Schutz unternommen werden. Damit verschieben sich allein schon von der Ausgangslage her die Prämissen in den Ernstfall-Debatten. Die Beschwörung des »Ernstfalls« war schon bei Schmitt, wie später auch bei seinen Epigonen, ein theoretisch-mystizistisches Moment.⁹⁰⁷ In den jungkonservativen Debatten wird nun versucht, hieraus praktische Konsequenzen abzuleiten. Dabei wird der Ernstfall stilisiert zur existenziellen Bewährungsprobe für die deutsche Nation, wie es Gunnar Sohn in der Zeitschrift *Criticón* ausführt: Entweder die Nation erfülle jetzt ihr Schicksal – was für Sohn eine deutsche Großmachtrolle bedeutet – oder sie werde keine sein. Und diese Erfüllung impliziert für den jungen Konservativen zugleich offen ein Ende der »Schönwetterdemokratie«⁹⁰⁸ der Bundesrepublik. Denn diese Form der Demokratie, wie sie nach Ansicht von Sohn derzeit existiere, sei keine politische Herrschaftsform, es herrsche vielmehr die »politische Dekadenz in der Bananenrepublik Deutschland«⁹⁰⁹. Damit liefert Sohn die entscheidenden Stichworte zur politisch-praktischen Bestimmung des Ernstfalls und zugleich für die Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen: Der Ernstfall impliziert demnach eine Klage über einen zu schwachen Staat, eine Parteienkrise und einen Werteverfall, der durch die zunehmende Migration verschärft werde, wie Sohn weiter ausführt. Der Ernstfall bindet damit zugleich unterschiedliche Aspekte und Krisensymptome zusammen, die in ihrer Totalität einen völkisch-autoritären Kern beinhalten. Weißmann greift diesen Strang auf. Er sieht die einzige Möglichkeit, den Ernstfall zu beenden, in einem Elitenwechsel⁹¹⁰, denn die Bundesrepublik entwickle sich zu einer »Ochlokratie«, der »Herrschaft des ›Haufens‹«⁹¹¹. Entscheidend für Weißmann ist weniger die »Dekadenz« in der Gesellschaft an sich, sondern zentral ist die Gefahr, dass »der Staat in Dekadenz übergeht«⁹¹². Hieran zeigt sich schon, dass der Staat über der Gesellschaft stehen müsse, weil nur ein souveräner Staat demnach in die Dekadenz der Gesellschaft eingreifen könne, diese gewissermaßen davon befreien könne. Weißmann benennt als das zentrale Ziel in dieser Hinsicht eine »Um- und Neugründung des deutschen Staates«⁹¹³. Dafür bedürfe es neben einem grundlegenden Elitenwechsel auch einer inneren Reinigung – von der »Dekadenz«⁹¹⁴ – im Sinne des »Ethos einer Nation«⁹¹⁵. Es bleibt letztlich allerdings unklar, was Weißmann mit Dekadenz meint, er benennt nur in Anlehnung an Oswald Spengler allgemeine Umriss – und wenn dies hinzugefügt werden darf: altbekannte kulturpessimistische

907 Lenk/Meuter/Otten: Vordenker der Neuen Rechten, S. 89.

908 Sohn: Der Ernstfall in Plettenberg.

909 Ebd.

910 Es braucht nicht viel Fantasie, um erahnen zu können, wen sich Weißmann als geeignete Elite dabei vorstellt. Allerdings spricht er dies nicht offen aus. Aber Roland Bubik greift diesen Gedanken von Weißmann in der *Jungen Freiheit* auf. Er spricht von einer Ambiguität der Demokratie, die ihre volle parlamentarische und staatliche Funktion erst erfülle, wenn »Wir Konservativen« die »Demokratie« nach »konservativen Elementen« gestalten könnten (Bubik, Roland: Wir Konservativen und die Demokratie, in: *Junge Freiheit* 5/1991, S. 2).

911 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 192.

912 Ebd.

913 A. a. O., S. 191.

914 A. a. O., S. 193.

915 A. a. O., S. 192.

Untergangsklagen: »das Verschwinden des ›organischen‹ Gesellschaftsaufbaus, Auslaugen der Überlieferung, die Zerstörung und Selbstzerstörung der Eliten, Verstädterung, Wachsen des Pöbels, Verweiblichung des Mannes, Geburtenschwund und Sinken der kulturellen Prägekraft«⁹¹⁶. Nach Weißmann sei nun unter den geänderten Bedingungen auch eine gesellschaftliche und geschichtsphilosophische Kulturkritik wieder möglich, »[d]enn offensichtlich entspricht unsere Lage in vielem dem, was Spengler vorausgesehen hatte«⁹¹⁷. Auch hier kommt wieder ein rabiatere Antiliberalismus ins Spiel, denn ausgemachter Schuldige an diesen Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklungen ist »der Liberalismus«⁹¹⁸. Gegen diesen Liberalismus müsse eine »organische [...], nicht gemachte«⁹¹⁹ Grundlage für den Staat wieder gestärkt werden: »Die Polis bedarf eines neuen Ethos, wenn man so will: einer preußischen Dimension«⁹²⁰. Der Deutsche habe schließlich, so Weißmann, als »Anti-Dezisionist« (Heimo Schilk) [...] vergessen [...], daß es so etwas wie Entscheidungen gibt.«⁹²¹ Die liberalen Tendenzen könnten demnach eingehegt oder sogar beseitigt werden, wenn eine organische, gemeinschaftsfördernde Kraft den Etatismus stärkt, denn der Staat könne diese Tendenzen prinzipiell unterbinden. Im Umkehrschluss wird der Liberalismus dabei endgültig gleichgesetzt mit einem nicht-entscheidungsfähigen System, das alles totdiskutieren wolle, statt zu entscheiden. Diese Liberalismuskritik steht damit in einer langen Traditionslinie der Verachtung des Parlamentarismus – von rechts wie von links – seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland, von Kaiser Wilhelm II. bis zu Hitler, der das Parlament in der Weimarer Zeit auch als »Schwatzbude« bezeichnete.⁹²²

An diesem Punkt deutet sich mehr als nur ein gradueller Unterschied an zwischen den hier im Vordergrund stehenden Intellektuellen. Denn weder Zitelmann noch Rohrmoser können mit dieser Ernstfall-Rhetorik viel anfangen. Zwar teilen sie das Telos der staatlich-gesellschaftlichen Veränderung qua Ordnung, aber sie gehen diesen Weg von Weißmann und Schilk nicht mit. Zitelmann hält sich zwar inhaltlich zu diesem Themenbereich weitgehend zurück, aber mit diesem antiliberalen und vor allem antiparlamentarischen Moment kann er nichts anfangen, es würde auch seinen politischen Vorstellungen hinsichtlich der Rolle von Staat, Markt und Parteien widersprechen. Aber auch Rohrmoser ist diese nationalrevolutionäre und jungkonservative Hybris zuwider. Zwar spricht auch er von einem Ernstfall, aber hier zeigt sich ein Unterschied in der Theoriearbeit und in der Betrachtung der Gesellschaft. Denn für Rohrmoser ist, bei aller Kritik an den Verhältnissen, der Ernstfall in der Gegenwart auch Anfang der 1990er Jahre noch *nicht* eingetreten. Der Ernstfall-Mythos bleibt für Rohrmoser in religiöser Hinsicht eine drohende Apokalypse in der Zukunft, denn Deutschland stehe an einem »geschichtlichen Wendepunkt«⁹²³. Doch dieser Untergang könne verhindert werden.

916 A. a. O., S. 177.

917 Ebd.

918 A. a. O., S. 178f.

919 Weißmann: Die Nation denken.

920 Weißmann: Ein paar einfache Wahrheiten, S. 63.

921 Weißmann: Herausforderung und Entscheidung, S. 323.

922 Vgl. o. V.: Hitler. Deutsch und brutal, in: Der Spiegel 7/1969, S. 76-78; Ulrich, Volker: Kronen, Löwen, Wappen, Helme, in: Die Zeit, 15.04.1999.

923 Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 7.

Denn zur Abwehr bleibe die Möglichkeit, die »kulturellen Momente« gegen den drohenden Ernstfall zu stabilisieren.⁹²⁴ Allerdings bleibt Rohmoser an dieser Stelle relativ vage, wie er diese kulturellen Fragen beantworten will. Auch wenn er sich damit deutlich z.B. von Weißmann unterscheidet, zeigt sich auch an ihm, dass das Potenzial eines konservativen »Pragmatismus« untergeht. Denn offensichtlich führen schon kleinere Irregularitäten, kleinere Emanzipationsschübe oder sonstige Prozesse in »Zeiten der neuen Unübersichtlichkeit« (Habermas) dazu, dass Konservative alarmistisch einen »Ernstfall« ausrufen – und dabei selbst hinter ihre theoretisch begründeten Annahmen zurückfallen.

Die Debatten um die neue Rolle Deutschlands kreisen, wie bereits in Kapitel IV.3.2 ausgeführt, um die Frage eines starken Staates. In Verbindung mit den jungkonservativen Theorieelementen meint ein solcher Staat eine Gesellschaftsstruktur, die ihre Herrschaft qua Dezision aufrechterhält. Auch der Begriff des Dezisionismus geht auf Schmitt zurück, ebenso wie die berühmt-berüchtigte Floskel vom Primat des Politischen. Auch hieran zeigt sich die neuerliche Anziehungskraft dieses Denkers für die konservativen Debatten.⁹²⁵ Es ist geradezu bezeichnend – und bestätigt die hier verfolgte These von den entkontextualisierten und entfremdeten Theoriereminiszenzen –, dass ausgerechnet der Kulturosoziologe Nicolaus Sombart, seines Zeichens abtrünniger Schüler von Carl Schmitt, in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* die Ambiguität dieses Denkers betont und zugleich davor warnt, dessen Gedanken vorzuverurteilen oder diese oberflächlich allein für politische Programme zu instrumentalisieren.⁹²⁶ Jedenfalls: Die neue gesellschaftliche Konfliktlage erfordere, so sehen es einige Konservative zu jener Zeit, eine Wiederherstellung des Politischen. Die Krise »staatlicher Souveränität« wurde bis 1989 als ein primär innenpolitisches Problem diskutiert. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wird die Frage der »Souveränität« neu gestellt.⁹²⁷ Und nun kann wieder an Schmitt angeschlossen werden, der das »Politische« primär als Außenpolitik definiert. Erst die Souveränität in außenpolitischen Entscheidungen erfülle die Aufgabe des Politischen. Der Primat des Politischen und der sogenannte Dezisionismus werden wieder als vermeintlich theoretisch hergeleitete Grundparadigmen jeglicher Politik hochgehalten. Nach Schmitt gibt es letztlich, wie er in *Der Begriff des Politischen* ausführt⁹²⁸, keine wirkliche Form von Innenpolitik, die entscheidenden Konstruktionslinien für die Politik würden allein von der Außenpolitik bestimmt werden. Seien diese politischen Konstanten in der Außenpolitik qua Souveränität gegeben, dann werde die Herrschaft der Politik in einem Staat qua Dezision stabilisiert. An diese geistesgeschichtliche Traditionslinie konnte bis 1989 kaum angeschlossen werden, denn eine eigenständige deutsche Außenpolitik, die ihre Eigenständigkeit dann als international

924 Vgl. a.a.O., S. 548.

925 Vgl. Kriener, Klaus: Plettenberg, Freiburg, Potsdam. Über den Einfluß Carl Schmitts auf die Junge Freiheit, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 181–212.

926 Vgl. Willig, Angelika: Interview mit Nicolaus Sombart: Sein Arcanum ist die Angst vor der Frau, in: Junge Freiheit 14/1995, S. 3.

927 Vgl. Koch: Konservatismus im Kontext von deutscher Vereinigung und ostdeutschem Transformationsprozess, S. 36.

928 Schmitt: Der Begriff des Politischen.

isoliert von jeglichen Bündnissen definiert, war bis zum Ende des Kalten Krieges nicht denkbar. Doch nach 1990 wird diese Option auf einmal real. Dabei wird die Wiederherstellung der deutschen Nationalstaatlichkeit an eine deutsche Großmachtrolle gekoppelt. Schrenck-Notzing fasst die Schmittsche Diktion der Außenpolitik so zusammen: »Erst muss das Haus wetterfest gemacht sein, ehe die Inneneinrichtung so oder noch besser ausgestaltet werden kann.«⁹²⁹ Nur zum kontrastiven Vergleich: Während diese als konservativ bzw. jungkonservativ bezeichneten Kreise von einer deutschen Großmachtrolle träumen, wird zu dieser Zeit in rechtsradikalen und rechtsextremen Kreisen, wie es Arno Klönne zusammenfasst, offen über eine Rekolonisierung ehemaliger deutsche Gebiete in Polen diskutiert, um die preußischen Traditionen auch mithilfe der preußischen Kerngebiete jenseits der Oder/Neiße-Grenze wiederzubeleben.⁹³⁰ Der Großmachtwunsch offenbart neben antiliberalen Elementen auch geschichtsrevisionistische und teils imperiale Züge, wobei im direkten Vergleich zu rechtsradikalen Kreisen immerhin noch ein Unterschied in der Radikalität der vorgetragenen Forderungen besteht. Doch für die jungen Konservativen verfliegt auch die Hoffnung auf eine souveräne Außenpolitik. Der Primat der Außenpolitik wird relativ schnell wieder von der Realität eingeholt, als die Debatte um die Möglichkeiten einer deutschen Außenpolitik und einer Beteiligung deutscher Streitkräfte nach dem Zweiten Golfkrieg 1990/91 und spätestens mit dem Jugoslawienkrieg 1994 beendet wird.

Wie sich bereits an Schmitt zeigt, nimmt in den 1990er Jahren der Rekurs auf die »konservative Revolution« deutlich zu. Regelmäßig wird rein rhetorisch die Frage gestellt, ob es im »Erbe des Konservatismus der zwanziger Jahre in Deutschland« noch Einsichten gebe, die »auch heute für eine Neudefinition des Konservatismus von Bedeutung«⁹³¹ sein könnten. Begriffsgeschichtlich verbergen sich dahinter zwei Tendenzen: Einerseits geht es um die Einordnung der »Konservativen Revolution« in ihrem Verhältnis zum deutschen Konservatismus, also ob und inwiefern diese intellektuelle Strömung Fortführung oder Bruch mit den Traditionslinien des Konservatismus war.⁹³² Andererseits geht es bei der Begriffsverwendung für die heutige Zeit auch darum, den Begriff als »Metapher« brauchbar zu machen, ihn also durch die Ineinssetzung mit dem Wesen des Konservatismus – bei gleichzeitiger Abgrenzung vom Nationalsozialismus – von der Radikalität der damaligen Protagonisten tendenziell zu entlasten.⁹³³ Den Anstoß für die öffentliche Debatte liefern die Arbeiten von Stefan Breuer.⁹³⁴ Dieser entmystifiziert⁹³⁵ den Begriff der »Konservativen Revolution«⁹³⁶, den Mohler 1950 erfand⁹³⁷, indem er sowohl die grundlegenden Unterschiede innerhalb dieser Strömung herausarbeitet als auch die mit diesem Begriff verbundene Funktion der Abgrenzung

929 Critilo: Editorial [133/1992].

930 Vgl. Klönne: Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, S. 75.

931 Koch: Konservatismus zwischen Kontinuität und Neuorientierung, S. 49.

932 Rohrmoser/Frenkin: Neues konservatives Denken als Überlebensimperativ, S. 172f.

933 Müller, Jost: Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin 1995, S. 142ff.

934 Vgl. Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution.

935 Vgl. Breuer: Die »Konservative Revolution«.

936 »Es führt kein Weg daran vorbei: »Konservative Revolution« ist ein unhaltbarer Begriff, der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet. Er sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden.« (Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution, S. 181).

937 Vgl. Mohler/Weißmann: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932.

des Jungkonservatismus von der Weimarer Rechten kritisiert. Es ist vor allem Weißmann, der gegen diese Perspektive Einspruch erhebt. Zwar geht er auf die Kritik ein, indem er selbst einzelne Punkte in Mohlers Argumentation anführt, wie etwa dessen »physiognomischen« Zugriff⁹³⁸ und es daher selbst ablehnt, bei der »Konservativen Revolution« von einer einheitlichen »Ideologie« zu sprechen. Doch durch dieses Zugehen auf einzelne Kritikpunkte versucht er im Umkehrschluss doch Breuers Argumentation auszuhebeln, indem er ihm zwar in einzelnen Punkten zustimmt, aber dessen Gesamtperspektive ablehnt. Die Kritik an Breuer ist dabei bemerkenswert, denn Weißmann wirft ihm vor, er habe sich nicht ausreichend mit dem geistigen Moment des »heroischen Realismus« beschäftigt, [deshalb, F. F.] bleibt ihm die verborgene Gemeinsamkeit der Konservativ-Revolutionären tatsächlich verborgen.«⁹³⁹ Hierdurch versucht er einerseits den Begriff zu retten, andererseits diese Intellektuellen weiterhin als eine »konservative Erneuerungsbewegung«⁹⁴⁰ zu betonen. Denn die offensive Rückbesinnung auf die »konservative Revolution« dient ihm als eine Art Gegenstrategie: »Wer von der Aktualität der Konservativen Revolution spricht, will im guten Fall ein Aufbruchsignal geben, einen Akt geistiger Befreiung und Selbstbefreiung vorbereiten«⁹⁴¹. Aber Weißmann reicht allein deren Ahnenpflege nicht aus, wenn er die eigenen Reihen ermahnt: »Die ›Aktualität‹ der Konservativen Revolution kann nicht darin bestehen, daß man mit Emphase Moeller van den Bruck zitiert, vom Ständestaat träumt, archaische Spielereien aufführt, die Dezision beschwört oder den Stil der nationalrevolutionären Dynamiteros pflegt.«⁹⁴² Doch es bleibt bei dieser folgenlosen Ankündigung einer theoretisch-programmatischen Reflexion der eigenen Positionen.⁹⁴³

Die *Junge Freiheit* nutzt dieses Label zur Selbstvermarktung, indem sie beispielsweise zur Eigenwerbung Anzeigen schaltet wie »Jedes Abo eine konservative Revolution!«⁹⁴⁴ Damit ist schon angedeutet, dass der dahinterstehende Impuls letztlich kein Anstoß zur Debatte um den Konservatismusbegriff ist, sondern dass diese Floskel lediglich ein aktivistisches Moment theoretisierend veredelt. Die Vermarktungsstrategie zeigt schon an, dass die Nachfrage nach solchen Parolen in diesem Lager offensichtlich gestiegen ist. Ob das dahinterstehende Politik- und Gesellschaftsbild ebenfalls von diesem Lager aufgenommen wurde, lässt sich retrospektiv nur schwer einschätzen.⁹⁴⁵ In jedem Fall

938 Weißmann, Karlheinz: Gab es eine »Konservative Revolution«? Zur Auseinandersetzung um das neue Buch von Stefan Breuer, in: Jahrbuch zur Konservativen Revolution, Köln 1994, S. 313-326, hier S. 322.

939 Ebd.

940 Weißmann, Karlheinz: Deutscher Konservatismus II. Von 1918 bis zur Gegenwart, in: Schrenck-Notzing, Caspar von (Hg.): Lexikon des Konservatismus, Graz 1996, S. 124-128, hier S. 124.

941 Weißmann, Karlheinz: Gab es eine Konservative Revolution? Zur Auseinandersetzung um das neue Buch von Stefan Breuer, in: *Criticón* 138/1993, S. 173-176, hier S. 176.

942 Weißmann: Gab es eine »Konservative Revolution«?, S. 325.

943 Anfang der 1990er Jahre streitet Weißmann noch vehement ab, dass mit dem Rekurs auf die »Konservative Revolution« auch eine Relativierung der Radikalisierung des Konservatismus intendiert wäre, indem man diesen vom Nationalsozialismus distanziert. Doch Jahre später gibt er genau dies offen zu, vgl. Weißmann, Karlheinz: Unsere Zeit kommt. Götz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2006, S. 28.

944 Vgl. o. V.: Werbeanzeige: Eine konservative Revolution, in: *Junge Freiheit* 1-2/1992, S. 20.

945 Vgl. dazu die Überlegungen von Pfahl-Traughber: *Konservative Revolution und Neue Rechte*, S. 163ff.

aber erfährt der Rekurs auf diese »Konservative Revolution« als Aufbruchssignal in den eigenen Reihen eine außerordentliche Resonanz. Denn nur wenige Intellektuelle, die zu dieser Zeit noch in diesem Lager agieren und sich nicht schon von diesen Kreisen getrennt haben, lehnen diese Renaissance entschieden ab. Eine der wenigen öffentlichen Stimmen ist jedoch Rohrmoser, der den Vorbildcharakter der Weimarer Debatten für den zeitgenössischen Konservatismus entschieden ablehnt, weil diese »Konservative Revolution« eine »Zäsur«⁹⁴⁶ für den deutschen Konservatismus dargestellt habe, da sich hierdurch der Konservatismus von seiner Verwandtschaft zur Religion erstmals gelöst habe. Für Rohrmoser war die »Konservative Revolution« ein »Rückfall in eine Art Neuheidentum«⁹⁴⁷. Er betont auch, dass diese »intellektuelle Bewegung« in der Weimarer Zeit entschieden Anteil daran gehabt habe, dass sich der Nationalsozialismus später habe durchsetzen können.⁹⁴⁸ Eine solche Position ist in diesem Lager ansonsten kaum zu vernehmen und diese These wurde seither von jungkonservativen Kräften zu widerlegen versucht. Gegen diese richtet sich Rohrmosers Kritik im Weiteren explizit, wenn er betont, dass der Konservatismus sich nicht gegen die Errungenschaften der Moderne, weder gegen die Demokratie, noch gegen die Prinzipien des klassischen Liberalismus, stellen dürfe.⁹⁴⁹ Spätestens bei diesem Thema gehen die unterschiedlichen Perspektiven nicht mehr zusammen, weshalb dies auch als neuralgischer Punkt angesehen werden kann.

Anfang der 1990er Jahre finden also mehrere parallel verlaufende Ausdifferenzierungen in diesem breiten Spektrum statt. Einerseits die schon angesprochene Diversifikation des konservativen Lagers von gemäßigt-bürgerlichen Kreisen, die sich noch zur Christdemokratie hin orientieren, bis zu außerparlamentarischen subkulturellen Kreisen; andererseits überlagern sich auch innerhalb dieses Lagers rechts von der Union die Entwicklungen und Zerwürfnisse. Bereits Minkenberg hat auf diese Ausdifferenzierung hingewiesen. Auch er betont die Bedeutung der sich herausbildenden verschiedenen Nationenvorstellungen, die zunehmend in Konkurrenz zueinanderstehen würden und dadurch zu potenziellen Spaltungslinien innerhalb des Lagers würden. Minkenberg konzentriert sich hierbei vor allem auf die Konfliktlinien zwischen deutschen und französischen Strömungen sowie darauf, wie stark die theoretischen Fragen von Nation, Nationalismus und Geschichte und deren Konsequenz hinsichtlich der Konstruktion des sogenannten Ethnopluralismus zwischen der französischen Nouvelle Droite und den deutschen Ablegern inzwischen auseinandergehen würden.⁹⁵⁰ Doch in diesem Ländervergleich beobachtet Minkenberg nebenbei auch eine sich herauskristallisierende Spaltung innerhalb des Lagers in der Bundesrepublik quer durch die *Criticon*- und *Junge Freiheit*-Debatten. Demnach differenzierte sich dieses Lager anhand von konservativen Nationenvorstellungen auf der einen Seite, aber auch von ethnopluralistischen oder ethnisch-nationalistischen Vorstellungen bzw. einer Teilströmung mit »klassischen »Blut-und-Boden«-Themen«⁹⁵¹ auf der anderen Seite aus. In der Tat radi-

946 Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 148.

947 A. a. O., S. 420.

948 Vgl. a.a.O., S. 146.

949 Vgl. a.a.O., S. 149.

950 Minkenberg: Die neue radikale Rechte im Vergleich, S. 162.

951 Ebd. (FN 94).

kalisiert ein Teil der jungkonservativen Kreise seine Positionen nach der Vereinigung deutlich. Hierbei ist es erneut, wie schon Ende der 1980er Jahre, Bernard Willms, der den Akzeptanzrahmen auszudehnen versucht. Für ihn ist zwar die »Wiederherstellung Deutschlands als Nation«⁹⁵² zu begrüßen, aber es fehle die innere Souveränität eines kulturmystisch aufgeladenen Volks- und Nationenverständnisses. Willms beklagt ein fehlendes Nationalbewusstsein, das nur durch eine »Neubesinnung auf das Verhältnis von Souveränität, Größe und Territorium« zu erreichen sei, womit er geschichtsrevisionistisch die Oder-Neiße-Grenze zumindest indirekt andeutet, wenn er kurz darauf schreibt: »Wesentlich bleibt unter den genannten Voraussetzungen unserer gegenwärtigen ›kleindeutschen Lösung‹ die Frage des territorialen Anspruchs, und das heißt ja der faktischen Größe, der geographischen Ausdehnung des Nationalstaats.«⁹⁵³ Auch Hellmut Diwald deutet dies zumindest an, wenn er bei der »Oder-Neiße-Linie« relativierend von einem »Problem«⁹⁵⁴ spricht, über das noch zu verhandeln sei. Als Willms 1991 stirbt, wird dieser in der *Jungen Freiheit* geehrt und als ein »Fichte der Gegenwart« stilisiert.⁹⁵⁵

Entscheidenden Anteil an dieser Radikalisierung hat das alte, neue Feindbild USA. Vor allem nach dem Golfkrieg und dem Ende der Sowjetunion ist dieses Feindbild allgegenwärtig und der Ton gegenüber den USA wird spätestens ab Ende 1991 immer rauer.⁹⁵⁶ Einerseits werden die USA zum Hauptfeind in außenpolitischer und bündnispolitischer Hinsicht, indem sie zum potenziellen Konkurrenten eines neuen Europas mit Deutschland an der Spitze stilisiert werden.⁹⁵⁷ Andererseits symbolisieren die USA in negativer Abgrenzung die »westliche Kultur«: Denn die US-Politik sei eine »Amerikanisierung«, die auf eine »Invasion der Mentalitäten« abziele, wie es bei Schrenck-Notzing heißt.⁹⁵⁸ Hier wird ein altes Narrativ wieder ausgegraben. Schrenck-Notzing hatte bereits in den 1960er Jahren in seinem gleichnamigen Werk vor einer *Charakterwäsche* gewarnt. Doch nachdem dieser Kritikmodus bis Ende der 1980er Jahre an Attraktivität verloren hatte, sich der *Criticón*-Herausgeber zumeist auf Einzelaspekte in der Medienberichterstattung konzentrierte, gewinnt diese Anklage mit dem Ende des Kalten Krieges und der Verunsicherung über das politische Selbstverständnis der Nation wieder an Kraft. Zitelmann legt als Cheflektor *Charakterwäsche* bei Ullstein 1993 wieder neu auf und

952 Willms, Bernard: Nationale Identität und europäischer Wandel. Zum Staat im modernen Sinn, in: Diwald, Hellmut (Hg.): Handbuch zur Deutschen Nation, Band 4: Deutschlands Einigung und Europas Zukunft, Tübingen 1992, S. 11-22, hier S. 14.

953 A. a. O., S. 21.

954 Diwald: Deutschland einig Vaterland, S. 357.

955 Waldstein, Thor von: Zwischen Hobbes und Hegel, in: *Junge Freiheit* 4/1991, S. 4.

956 Vgl. Dittrich: Zeitschriftenporträt: *Criticón*, S. 268.

957 Um sich *expressis verbis* gegen diese Politik der USA zu wenden, werden auch geschichtsrevisionistische Thesen ins Spiel gebracht, um geradezu krampfhaft die USA in Gänze zu diskreditieren. Beispielsweise versucht Walter Post den USA eine indirekte Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zuzuschreiben, indem er die Rolle Japans verteidigt und relativiert, denn der Erstschlag auf Pearl Harbour sei – vermeintlich wie der deutsche Überfall auf die Sowjetunion – lediglich ein Teil des Präventivkrieges gewesen, Post, Walter: Pearl Harbour 1941. Die (längst nicht mehr) geheime Geschichte, in: *Criticón* 128/1991, S. 276-280.

958 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 129/1992, S. 3.

Schrenck-Notzing gewinnt hierdurch eine neuerliche Bedeutung in konservativen Kreisen.⁹⁵⁹ Aber anders als noch im Rahmen eines geteilten Deutschland bis 1989 wird der »Amerikanismus« Anfang der 1990er Jahre noch wesentlich weiter ausgedeutet: Unter Rekurs auf Thomas Molnar grenzt Schrenck-Notzing seinen Europa-Begriff vom westlichen Prinzip ab, denn dieses zielt lediglich darauf, »den Materialismus zum Lebensprinzip zu erheben, die Politik durch Wirtschaft zu ersetzen, alle Institutionen, speziell Staat und Kirche, in der Zivilgesellschaft aufgehen zu lassen.«⁹⁶⁰ Thomas Molnar hatte selbst kurz zuvor in *Criticón* davor gewarnt, das »Erbe der sowjetischen Kultur und des sozialistischen Realismus« durch die »Atlantische Kultur« zu ersetzen, welche eine »spezifisch amerikanische Ideologie«⁹⁶¹ sei. Am Ende äußert Molnar: »Die »Atlantische Kultur [...] [ist] eine »groß angelegte Verschwörung gegen die Seele« und zwar eine puritanische, industrielle, technologische Verschwörung«⁹⁶², womit er die Verbindung von Kulturpessimismus, Anti-Materialismus als völkischem Irrationalismus und Antiamerikanismus geradezu prototypisch zuspitzt. Auf die Dimension der Dekadenz-Kritik, die hier schon mitschwingt, wird nachfolgend noch weiter eingegangen. Solange die Blockkonfrontation bestand, war die Kritik an den USA aus den konservativen Reihen eher gemäßigt, randständig oder zumindest indirekt artikuliert. Denn die USA stellten in dieser ideologischen Konfrontation für den überwiegenden Teil des Spektrums so etwas wie das kleinere Übel dar. Aus diesem Grund wurden die offene Anklage und der direkt formulierte Antiamerikanismus bis 1989 als eine der möglichen Trennungslinien von »konservativen« und »rechtsextremen« Strömungen angesehen.⁹⁶³ Doch nach 1989 ändern sich auch diese politischen Koordinaten, denn der Antiamerikanismus gewinnt insgesamt eine völlig neue Bedeutung und wird mit unterschiedlichen Konnotationen und Dimensionen aufgeladen. Vor allem bei Weißmann ist diese indirekte Ausprägung auffällig. Während es zeitgleich in der rechtsradikalen Zeitschrift *Nation Europa* offen heißt: »Im Zuge der Amerikanisierung ist die Tötung der deutschen Seele so gut wie vorprogrammiert«⁹⁶⁴, womit zwar eine intentionale Ähnlichkeit zu Molnars Invektiven in *Criticón* offenbar wird, sind diese Vorwürfe aber im Vergleich zumindest dennoch etwas indirekter. Demgegenüber transportiert Weißmann seine Kritik an den USA indirekt über die Kritik am »Liberalismus«. Der Liberalismus ist für Weißmann wie der Sozialismus ein ideologisches System mit einem »besonderen Sendungsbewußtsein«, weshalb beide inhaltlich gleichgesetzt werden, sie »glichen sich in ihrer ideologischen Grundlage«⁹⁶⁵. Während der Sozialismus nach 1989 am Ende sei, habe sich die amerikanische Variante des Liberalismus in eine Tendenz zum »Globalismus«⁹⁶⁶ weiterentwi-

959 Vgl. Schrenck-Notzing: Charakterwäsche; zur *Ullstein*-Neuaufgabe durch Zitelmann und die neuerliche Attraktivität, vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 83; auch Wolf, Alexander: Interview Caspar von Schrenck-Notzing: »Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, daß sie keine ist«, in: Junge Freiheit 12/1993, S. 3.

960 Critilo: Editorial [129/1992].

961 Molnar: Die Atlantische Kultur, S. 270.

962 A. a. O., S. 272.

963 Vgl. Worm, Uwe: Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. Programmatik, Ideologie und Presse, Köln 1995, S. 151. Hierzu auch Koelschitzky: Die Stimme ihrer Herren, S. 98f.

964 Zit. n. Klönne: Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, S. 74.

965 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 56.

966 A. a. O., S. 58.

ckelt. Aber es gebe kein »Ende der Geschichte« und keinen Sieg des Liberalismus, denn dieser »Amerikanisierung«⁹⁶⁷ seien enge Grenzen gesetzt. Damit spielt Weißmann auf eine grundlegende Kritik an dem sogenannten Ökonomismus und Materialismus an, wenn er erstens »Liberalismus«, »Globalismus« und »Amerikanisierung« mindestens indirekt auf eine Stufe stellt; und zweitens die »USA« mit einem »System populärer Bilder und trivialer Mythen« mit »Fast-food- und Soft-drink-Ernährung« und allgemein mit bestimmten »Konsumgewohnheiten«⁹⁶⁸ gleichsetzt. Der Antiamerikanismus von Weißmann wird damit erst dann offenbar, wenn die Argumentationskette gesprengt wird und die Konnotation der USA mit einem bestimmten »Zivilisationsmuster«⁹⁶⁹, nämlich dem eines oberflächlichen Hedonismus aufgezeigt wird.

Es ist nun der Publizist Schwilk, seines Zeichens Journalist und zeitweise leitender Redakteur für die *Welt am Sonntag* und noch 1991 ZDF-Berichterstatter aus Saudi-Arabien, der hier im Vergleich die kulturpessimistisch radikalste Forderung aufstellt. Schwilk fordert nun, um die Malaise der gegenwärtigen deutschen Situation zu beenden, nichts weniger als eine opferbereite »Ethik des Widerstandes«⁹⁷⁰. Diese Forderung stellt gewissermaßen den Höhepunkt dieses Radikalisierungsprozesses da. Damit vollzieht sich nun endgültig die gegenkulturelle Trennung vom Rest des Lagers. An Schwilk zeigen sich hinsichtlich seines Tonfalls, seiner Gegenwartsbetrachtungen und seiner damit einhergehenden politischen Forderungen die krassesten Radikalisierungstendenzen innerhalb der ersten Jahre nach der Vereinigung. Ganz im Sinne des neuen Aufbruchs verkündet Schwilk noch 1990, dass sich nun mit der Rückkehr in die Geschichte auch eine neue »Schriftstellergeneration« zu Wort melde, die sich literarhistorisch und theoretisch nun besonders mit Ernst Jünger auseinandersetzen werde, weil Jüngers Werk in dieser geschichtlichen Stunde die Grundlage für eine zeitgemäße »Kultur- und Zeitkritik« sei: »Im Bekenntnis zu Erkenntnispotential und ästhetischer Sprengkraft eines Werkes, das hierzulande nicht immer angemessen gewürdigt worden ist.«⁹⁷¹ Doch die neue literatur-theoretische Schriftstellergeneration ließ auf sich warten. Nur wenige Jahre später verschärft Schwilk gerade diese Hoffnung auf ein ästhetisch-theoretisches Potenzial. Er fordert: »Eine *Ethik des Widerstandes*, deren Zweck es ist, den modernen Menschen resistenter gegen die Nivellierungen und Vereinnahmungen der technisierten und mediatisierten Gesellschaft zu machen, ist ohne die Besinnung auf das asketische Ideal nicht denkbar.«⁹⁷² Schwilk argumentiert hier mit Nietzsches *Zur Genealogie der Moral*, wonach die »Rettung des Willens, besser: des Behauptungswillens gegenüber einem Nihilismus des Machens und Gemachtwerdens [...] die zeitgemäße Fortschreibung und Ausdeutung dieses Nietzsche-Gedankens«⁹⁷³ wäre. Doch er vereinnahmt hier Nietzsche in einseitiger Perspektive. Zwar finden sich im Werk Nietzsches durchaus Passagen, vor allem im Spätwerk, die den Willen zur Macht

967 A. a. O., S. 69.

968 Ebd.

969 Ebd.

970 Schwilk: Schmerz und Moral, S. 401.

971 Schwilk, Heimo: Vorwort, in: ders. (Hg.): Das Echo der Bilder. Ernst Jünger zu Ehren, Stuttgart 1990, S. 7-9, hier S. 8.

972 Schwilk: Schmerz und Moral, S. 401f. (Herv. i. O.).

973 A. a. O., S. 402.

geradezu transzendieren. Aber durch diese einseitige Vereinnahmung entkontextualisiert Schwillk Nietzsches Werk. Denn Nietzsche lehnt zwar wie Schopenhauer eine geschichtsteleologische Vorstellung ab, wonach Moral und Vernunft einem geschichtlichen Sinn zulaufen würden. Gegen diese Moral stellt Nietzsche seine *Umwertung der Werte*.⁹⁷⁴ Aber Nietzsche verlor sich nicht in einem nihilistischen Kulturpessimismus, sondern er unterschied zwischen dem »dionysischen«, also triebhaften, Moment und dem »apollinischen«⁹⁷⁵, also dem bewussten und absolut wirklichen, Moment der Kultur.⁹⁷⁶ Kurzum: Schwillk sucht sich die Rosinen aus Nietzsches Werk zur theoretischen Veredelung seines rigiden Kulturpessimismus heraus, ignoriert damit aber die Funktion dieser Begriffe, die für Nietzsche in einem dichten Netz zur Gesellschaftskritik zusammengehören. An Schwillks oberflächlich-selektiver Rezeption von Nietzsche lässt sich par excellence veranschaulichen, was Lenk schon an den Weimarer Jungkonservativen kritisiert, wie in Kapitel II.2 bereits erwähnt: Dass Nietzsche für autoritäre Politikprogramme herhalten muss, die er nie gutgeheißen hätte, was für diese Intellektuellen aber kein Problem darstellt, weil sie Nietzsche um sein »dialektisches Salz gebracht«⁹⁷⁷ haben. Schwillks Forderung nach einer »Ethik des Widerstands« – einer asketischen Selbstaufopferung zum Wohle von etwas Großem, das gereinigt werden müsse von historischer Schuld und das gestärkt werden müsse gegen die kulturzersetzenden Tendenzen des liberalen Nihilismus – läuft am Ende auf das gleiche intrinsische Motiv hinaus, das sein Mitstreiter Schacht in der *Selbstbewussten Nation* ausbuchstabiert: »Auschwitz ist nicht der logische End-Ort deutscher Geschichte.«⁹⁷⁸ Hieraus folgert Schacht eine aus seiner Sicht notwendige Forderung nach nationaler Identität, insofern als der Bezugspunkt für oder gegen eine solche Identitätskonstruktion reflektiert werden müsse. Dieser Bezugspunkt sei in negativer Form in Deutschland nun einmal »Auschwitz«. Für Schacht ist gerade diese Referenz fraglich: Einerseits argumentiert er aus totalismustheoretischer Perspektive, indem er indirekt einen Vergleich der »beide[n] Massen-Tötungsmodelle« von »Auschwitz und Kolyma«⁹⁷⁹ andeutet.⁹⁸⁰ Andererseits kritisiert er die funktionale Beziehung der deutschen Erinnerungskultur, die kein »moralische[s] Dauer-Stigma«⁹⁸¹ legitimieren dürfe: »Es gibt [...] kein Recht, die Deutschen mit Auschwitz zu stigmatisieren (mithin Auschwitz zu mißbrauchen). [...] Aber es gibt die Pflicht der Deutschen, von Auschwitz zu wissen.«⁹⁸² Auf den ersten Blick stellt er damit zwar nicht die sogenannte Erinnerungskultur an sich infrage, aber letztlich geht es ihm offensichtlich doch nicht nur um eine funktionale Kritik, denn

974 Vgl. Nietzsche, Friedrich: Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift, in: Nietzsche Werke. Kritische Gesamtausgabe, Hg. von Colli, Giorgio; Montinari, Mazziono, Sechste Abteilung: Zweiter Band, Berlin 1968, S. 257-430.

975 Vgl. Nietzsche, Friedrich: Die Geburt der Tragödie. Oder: Griechenthum und Pessimismus, in: Nietzsche Werke. Kritische Gesamtausgabe, Hg. von Colli, Giorgio; Montinari, Mazziono, Dritte Abteilung: Erster Band, Berlin 1972, S. 5-152, hier S. 26f.

976 Vgl. Safranski, Rüdiger: Nietzsche. Biographie seines Denkens, Frankfurt a.M. 2015, S. 59f.

977 Lenk: Deutscher Konservatismus, S. 116.

978 Schacht: Stigma und Sorge, S. 68.

979 A. a. O., S. 58.

980 Mit »Kolyma« spielt Schacht auf die Arbeitslager im ostsowjetischen Kolymagebiet an.

981 A. a. O., S. 65.

982 A. a. O., S. 66 (Herv. i. O.).

Schacht fehlt letztlich dabei eine »metaphysische Tiefen- und transzendente Trennschärfe«⁹⁸³. Hier offenbart sich eine ethnisch-kulturelle Komponente, denn Schacht kritisiert an anderer Stelle vehement die Historiker Hagen Schulze und Hans-Ulrich Wehler, die mit »einer geradezu alchemistischen Besessenheit«⁹⁸⁴ gegen die »deutsche Kultur- und Sprachgemeinschaft« anschreiben würden. An diesem Punkt wird offenbar, dass Schacht genau diese Vorstellung aber verteidigen und legitimieren will. Dieser innere Drang, das mit Auschwitz verbundene historische Ereignis und darüber hinaus das mit diesem Signum gemeinte Produkt von Zivilisation, Kultur und Aufklärung abzuwehren, wie es sich hier bei Schacht exemplarisch ausdrückt, wird gerade für die jungkonservativen und nationalrevolutionären Kreise Anfang der 1990er Jahre zentral. Auschwitz als Symbol und als historische Wirklichkeit steht neuerlichen Fantasien über eine neue deutsche Nation offensichtlich im Weg.

So vollendet sich dann die gegenkulturelle Tendenz, denn diesen gedanklichen Schritt und diese Forderung geht das konservative Spektrum im Allgemeinen so offen überwiegend nicht mit. Nicht nur die letzten Konservativen innerhalb von CDU und CSU kritisieren diese geschichtsrevisionistische Tendenz, auch innerhalb des konservativen Lagers rechts der Union findet diese Forderung kaum Anklang. Zwar werden geschichtsrevisionistische und antisemitische Debatten in den 1990er Jahren auch im konservativen Spektrum weiterhin verhandelt, wie beispielsweise ab 1995 mit der Wehrmachtsausstellung, der Goldhagen-Debatte 1996 oder der Walser-Bubis-Debatte 1998, aber die offen bekennende Forderung von Schiwk oder Schacht wird auch hier keine Resonanz finden. Daraus lässt sich schließen, dass hier ein qualitativer Unterschied von Form und Inhalt dieser Programme vorliegt, denn auch wenn beispielsweise Dregger in seiner Kritik der Wehrmachtsausstellung weiterhin am Image der »sauberen Wehrmacht« festhalten will und Teile der CSU offen fordern, die Ausstellung nicht zu besuchen, so wird doch in dieser Kritik eben nicht jene Grenze überschritten, Auschwitz zu vergessen *und* daraus autoritäre, antiliberele und völkische Gesellschaftsvorstellungen abzuleiten.

IV.4 Zwischenbilanz: Zur Mesalliance von Konservatismus und Nation

Als der Eiserne Vorhang fällt und die deutsche Vereinigung wider alle Erwartungen vollzogen wird, stürzen politisch linke Kräfte in eine schwere Krise. Demgegenüber steht der Konservatismus am Ende der Umbrüche kurzzeitig als Gewinner da. Der Sturz der Mauer und der kollektivierende Moment der Vereinigung setzen eine nationale Begeisterung in Gang, beflügeln die Euphorie über ein vereinigtes Deutschland und verstärken das Gefühl eines nationalen Aufbruchs. Die nationale Kategorie, also die Auseinandersetzung mit der Nation als gesellschaftlicher Institution, wird im Zuge dieses nationalen Aufbruchs für den Konservatismus immer wichtiger. Weil sich der Konservatismus aufgrund der nationalen Euphorie im Aufbruch befindet, *will* er sich der Selbstvergewisserung mittels des Begriffs »Nation« auch nicht entziehen, aber weil

983 A. a. O., S. 59.

984 A. a. O., S. 61.